

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M., im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Drucklegung stehen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Saara- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 25 M. Verlags- u. Expedition und Verlag: Berlin G 2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Annoncenzeile über dem roten Balken kostet 5.— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Verträge 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Verträge in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Internationale Finanzschwierigkeiten

Die Entwertung der Mark

Die deutsche Regierung hat durch die Unterschreibung des Ultimatums die Verpflichtung übernommen, bis zum 31. August eine Goldmilliarde zu bezahlen. Bisher hat sie erst etwa ein Drittel dieser Summe aufbringen müssen, aber schon zeigen sich außerordentlich ungünstige Rückwirkungen nicht nur auf die deutsche Zahlungsbilanz, sondern auch auf die internationale Wirtschaft. Die Garantiekommission hatte gefordert, daß die Zahlungen in Dollars zu leisten seien, und die deutsche Regierung war deshalb genötigt, amerikanische Devisen in außerordentlicher Höhe anzuschaffen. Das hatte zur Folge, daß der Dollarkurs in Deutschland beträchtlich in die Höhe ging, wogegen die Bewertung der deutschen Mark in Amerika sich andauernd verschlechterte. Nicht ganz so ungünstig waren die Wirkungen der deutschen Zahlungsverpflichtungen im Verhältnis der Mark zu den Währungen der anderen Länder, aber immerhin ist der internationale Finanzmarkt einer schweren Belastung ausgesetzt worden, was jetzt die Garantiekommission veranlassen will, die Verpflichtung, amerikanische Devisen zu erlangen, wieder aufzuheben. Ueber die Stimmung im Auslande über diese Vorgänge unterrichten die folgenden Meldungen:

Paris, 2. Juli.

Zu dem Communiqué der Garantiekommission in Berlin über ihre Tätigkeit bemerkt der „Temps“, daß man sich nur vorsichtig dazu äußern könne, weil verfrühte Äußerungen darüber weder den alliierten Gläubigern noch dem deutschen Schuldner von Vorteil sein dürften. Der „Temps“ bringt den Satz des Berichtes der Garantiekommission, in dem von der Stabilisierung der Mark die Rede ist, und erklärt, daß der Wert der deutschen Mark unendlich tief sinken könne, ohne daß Deutschland aufhören brauchte, seine großen Reichtümer und seine Arbeitskraft auszunutzen zu können. Um aber die Reparationszahlungen zu decken, müsse man zu anderen als den heute angewandten Mitteln greifen. Heute sei es in Deutschland die Gesamtheit der Steuerzahler, die in Form von Papiermark die Summe aufbringt, für die die deutsche Regierung ausländische Devisen für die Reparationskaufe. Wenn die deutsche Mark im Auslande immer weiter sinke, während sie im Inlande ihre Kaufkraft behalte, würde die Höhe der Reparationssumme in Papiermark ungeheure Dimensionen annehmen. Die Steuerlasten würden in Deutschland unerträglich werden. Die fortschreitende Baillie der deutschen Mark sei aber nicht nur durch ausländische Devisenkäufe, sondern auch durch eine wüste Spekulation in Deutschland selbst herbeigeführt worden, weshalb die deutsche Regierung und die Garantiekommission der Öffentlichkeit bereits bekanntgaben, daß Deutschland bis 1. Mai 1922 nur für 320 Millionen Goldmark ausländische Devisen kaufen könne. Diese Bekanntmachung werde geeignet sein, diese wüste Spekulation einzudämmen, und die Garantiekommission habe mit ihr einen Beweis ihrer Loyalität gegeben. Es sei zu wünschen, daß die deutsche Regierung auf ihre Vorschläge höre und nichts von den verlangten Garantien abzuhandeln verlasse, die diese Kommission brauche und die nur durch vorzeitige Zahlungen Deutschlands überflüssig gemacht werden könnten. Um zahlungsfähig zu sein, würde Deutschland eine gewisse wirtschaftliche Unabhängigkeit brauchen. Man könnte ihm daher gestatten, unter Wahrung bereits erworbener Rechte Handelsverträge abzuschließen. Wichtig sei jedoch vor allem, daß die Garantiekommission die notwendigen

Vollmachten besitze, um ihre Aufgabe durchführen zu können, außerdem dürfe Deutschland nicht die französische Produktion boykottieren.

EE. London, 1. Juli.

Im Finanzausschuß des Internationalen Handelskammertongresses führte der amerikanische Delegierte Roberts aus: Die Platzierungsmöglichkeit der deutschen Entschädigungsbonds in Amerika sei außerordentlich gering. Für die amerikanischen Banken sei es unmöglich, Obligationen auf den Markt zu bringen — wenigstens augenblicklich —, besonders da es sich hier nur um 5prozentige Obligationen handle, während in Amerika die sichersten Anleihen zu acht Prozent verzinst werden. Die deutschen Schuldscheine seien außerdem gewiß nicht als die besten anzusehen. Sie würden also auf dem öffentlichen Markt sehr wild verkauft werden müssen und würden bei einem großen Quantum die Mark entwerteten und auch auf den Auslandsmarkt drückend wirken. Das würde die Bemühungen, die europäische Lage zu unterstützen, nur verschlechtern. Die amerikanischen Banken seien sich sofort darüber klar gewesen, daß sie diese deutschen Schuldscheine nicht auf den Markt bringen könnten. Die Staaten, die sie von Deutschland erhalten würden, würden enttäuscht sein und würden Amerika wegen Zurückhaltung kritisieren. Deutschland würde gezwungen werden, um soviel mehr zu bezahlen. Aller Wahrscheinlichkeit nach würde man von den Vereinigten Staaten behaupten, daß sie offiziell erklären, keine Entschädigung zu verlangen, aber einen Weg gefunden hätten, um sich den Löwenanteil davon zu sichern. Ebenso pessimistisch äußerte sich der Redner zu der wiederholten Anregung, Amerika möchte die Schulden der Alliierten streichen.

Vertagung der Wiederaufbauverhandlungen

EM. Paris, 2. Juli.

Die deutsch-französischen Verhandlungen sind bis zum 10. Juli vertagt worden. Man ist mit dem vorläufigen Ergebnis zufrieden. Der Preis der von Deutschland zu liefernden Waren wird durch eine gemischte Preisprüfungskommission, bestehend aus einem Deutschen, einem Franzosen und einem Neutralen, bestimmt werden. Die Kommission wird von der Reparationskommission ernannt. Die Bezahlung für die Naturallieferungen soll innerhalb von fünf Jahren erfolgen. Rathenau soll nicht nach Paris reisen, dagegen wird neuerlich mit ihm in Wiesbaden konferiert werden. Sämtliche Mätrier sind für eine Aufhebung der Sanktionen, da Deutschland sowohl in der Abrüstung als auch in der Entschädigung den festen Willen zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zeige. Die Neigung zur Freigabe der Zolllinie und der drei Rheinstädte macht sich immer mehr geltend, nur das „Journal“ meint, daß man Düsseldorf besetzt halten sollte.

EM. Paris, 29. Juni.

Da nach den getroffenen Vereinbarungen das von Deutschland für die Wiederherstellung zu liefernde Material von der ersten deutschen Abzahlungsrate abgezogen wird, behandelt man in Paris jetzt vor allem die Frage, die Abrechnung mit Deutschland über einen längeren Zeitraum zu verteilen. Gleichzeitig erörtert die Garantiekommission in Berlin die etwaige Erhebung der 5prozentigen Ausfuhrabgabe durch einen anderen Index. Freitag reisen Guggenheimer und Bergmann nach Berlin, um mit Rathenau zu beraten und dann sofort zurückzukehren.

doch der Wille, sowohl die Forderungen der Menschlichkeit, als auch die des sozialen Bewußtseins auch gegenüber dem mächtigen Bergwerkskapital durchzusetzen. Es bleiben also die Bergarbeiter auf ihre eigene Kraft angewiesen. Nur sie können sich von den Zuständen befreien, die wie ein drückender Alp auf ihnen lasten und ihr Leben täglich aufs neue gefährden.

Hätten die Verhandlungen über das Bergwerksunglück zum Schluß nur noch wenige bürgerliche Abgeordnete im Saale zu halten vermocht, so änderte sich sofort das Bild, als nach der debattelosen Erledigung einiger Nachtragsetats der Etat des Ernährungsministeriums zur Sprache kam. Er enthielt die Forderung nach der Bewilligung von mehr als einer Milliarde Mark angeblich für die Maisverbilligung, die in Wirklichkeit aber nur eine verschleierte Preiserhöhung für Getreide ist. Der scharfe Angriff des Genossen Herz, der diese Aktion als einen Panamastandal schlimmster Art bezeichnete, rief sofort Herrn Hermes auf den Plan. Er mußte aber arg gerupft von dannen ziehen, da Herz ihm die Antwort nicht schuldig blieb und der Rechtssozialist Schmidt-Cöpenick durch die Mitteilung von ungeheuer gewinnreichen Geschäften der Agrarier die allgemeinen Darlegungen von Herz bestätigte. Von den bürgerlichen Parteien wagte nur ein Bäuerlein eine Erwiderung, sie bestand in der Drohung, daß die Bauern nicht gewillt seien, Prügelknaben abzugeben. Das ist richtig, sie prügeln lieber andere.

Kautsky gegen die Entente

Von Graf Max Montgelas

In Nr. 273 der „Freiheit“ vom 15. v. M. schreibt Herr K. Kautsky, daß „angeregt durch eine Äußerung von mir“, zuerst in der Presse und dann am 12. März im Reichstag die Behauptung aufgestellt wurde, er habe „seine frühere Ansicht über die Schuld Deutschlands am Kriege in einer späteren Schrift zurückgenommen“. Das könnte so gedeutet werden, als ob ich irgendwo etwas gesagt oder geschrieben hätte, wonach Kautsky die Darstellung seines Buches „Wie der Weltkrieg entstand“ zurückgenommen habe.

Eine solche Deutung wäre durchaus irrig. Ich habe vielmehr schon vor anderthalb Jahren in meinen „Glossen zum Kautskybuch“ (S. 16) ausgeführt, dort werde auf S. 48 zugegeben, daß auf deutscher Seite „die Absicht, einen europäischen Krieg zu entfesseln, damals (am 5. Juli 1914) nicht bestand“. Noch klarer hat Kautsky diesen Standpunkt in einer zweiten Schrift „Delbrück und Wilhelm II.“ zum Ausdruck gebracht, indem er, wie ich nach Mitte März d. Js. in einem kleinen Heft „Zur Schuldfrage“ (S. 29) erwähne, im scharfen Gegensatz zu den aus seinem ersten Buche von anderer Seite gezogenen irrigen Schlussfolgerungen sagt:

„Ich kann hier das Geständnis machen, daß es eine Zeit gab, in der ich der deutschen Regierung Unrecht tat.“

Und nachdem er auseinandergesetzt hat, warum er früher — wie vor Klärung des Tatbestandes mancher andere und vorübergehend auch ich — an einen von Deutschland herbeigeführten Präventivkrieg geglaubt habe, heißt es weiter:

„Ich war sehr überrascht, als ich Einblick in die Akten bekam. Meine ursprüngliche Auffassung erwies sich mir als unhaltbar. Deutschland hat auf den Weltkrieg nicht planmäßig hingearbeitet. Es hat ihn schließlich zu vermeiden gesucht.“

Das ist etwas ganz anderes, ja das genaue Gegenteil von dem, was die Entente im Ultimatum vom 19. Juni behauptet. Dort lautet die Anklage also:

„Der Ausbruch des Krieges ist nicht auf einen plötzlichen Entschluß, der in einer schweren Krise gefaßt ist, zurückzuführen. Er war das logische Ergebnis einer Politik, die seit Jahrzehnten von Deutschland unter dem Einfluß des preussischen Systems verfolgt wurde.“

„Das autokratische Deutschland wollte unter dem Einfluß seiner Lenker mit aller Macht die Vorherrschaft erlangen. Die Nationen Europas waren entschlossen, ihre Freiheit zu retten. Die Furcht der Führer Deutschlands, es möchten ihre Pläne der Welt Herrschaft durch die wachsende Flut der Demokratie zunichte gemacht werden, führte sie dazu, alle ihre Bemühungen darauf zu richten, jedweden Widerstand mit einem Streich zu brechen, indem sie Europa in einen Weltkrieg stürzten.“

„Während mehrerer Jahrzehnte hat Deutschland unausgesetzt eine Politik getrieben, die darauf hingielte, Eifersucht, Haß und Zwietracht zwischen den Nationen zu säen, nur damit es seine selbststättige Leidenschaft nach Macht befriedigen konnte.“

Kautsky spricht demgegenüber von Kopf- und Planlosigkeit, Provozieren der Gegner und Zusammenklappen, sowie diese Ernst zu machen drohen. Er wiederholt auch dankenswerterweise am 15. Juni ausdrücklich:

„Die Akten bezeugen mir, worin ich der deutschen Regierung vorher in meinem Denken Unrecht getan; Ich hatte mit Unrecht von ihr angenommen, daß sie systematisch, planmäßig, mit vollem Bewußtsein ihres Tuns vorgegangen sei. In Wirklichkeit finden wir bei ihr nur Gelegenheitspolitik, eingegeben von den Eindrücken des Augenblicks, die nicht nach den weiteren Konsequenzen fragt und sich aufs gute Glück verläßt, um, wenn's schief geht, den Kopf zu verlieren und nach dem nächstliegenden Strohhalme zu greifen.“

Kautsky hat daher sehr recht, wenn er auf der schon angeführten Seite seiner zweiten Schrift sich als „Verteidiger der deutschen Regierung gegenüber der Entente“ bezeichnet, wie scharf auch immer seine Anklagen dieser Regierung gegenüber dem deutschen Volke formuliert sind.

Einstweilen besteht aber noch in weiten Kreisen des In- und Auslandes eine unrichtige Auffassung über diesen fundamentalen Unterschied. Kautsky wird immer noch dahin verstanden, als ob er die Anklagen der Entente unterstütze. Nicht nur bei überwollenden Kritikern. Auch ein so unparteiischer Historiker wie Sidney B. Fay, der dem deutschen Standpunkt in hohem Maße gerecht wird, beurteilt das erste Kautsky'sche Buch in der „American Historical Review“ vom Juli 1920 (S. 618) wie folgt:

„Nach Kautsky trieb Deutschland den zögernden Verstoß eifrig zum Angriff auf Serbien und in einen Weltkrieg.“ und sieht sich veranlaßt, von einer solchen Auffassung entschieden abzurücken.

Das zeigt, wie wichtig es wäre, wenn nicht nur das Inland, sondern auch des Ausland über die Stellung Kautsky's zur sogenannten Schuldfrage aufgeklärt würde, damit er nicht länger von Männern wie Poincaré als Kronzeuge zitiert werden könnte.

Mont Cenis vor dem Reichstag

Die Dauerfristung des Reichstages begann mit der fast debattelosen Erledigung einer ganzen Reihe von Vorlagen. Unter anderem wurde das Lohnsteuergesetz in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Unter stets wachsender Teilnahmslosigkeit, insbesondere der bürgerlichen Parteien, wurde dann die Interpellation über das Grubenunglück auf der Zeche Mont Cenis verhandelt. Hatte das Ergebnis der Untersuchung deutlich gezeigt, daß in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung Menschenleben geringer gewertet werden, als sachlicher Besitz, so meinte der Zentrumsabgeordnete Imbusch, daß Menschen wichtiger seien, als Kohlen. Er bestätigte somit notgedrungen die schneidende Anklage gegen den Kapitalismus und das Grubenkapital, das nie nach diesem Gesichtspunkt handelt, sondern die Ausbeutung ermöglicht unter Vernachlässigung aller Sicherheitseinrichtungen. Es traf deshalb den Kern des Uebels, daß die sozialistischen Bergleute, insbesondere die Genossen Pieper und Rosemann, das Gedingehystem und die niedrigen Löhne der Bergarbeiter als die Hauptursachen dieses und der zahllosen anderen Unglücksfälle im Bergbau nachwiesen.

Ob nun aber die Verhältnisse auf den Gruben besser werden, wird in erster Linie von der Kraft und dem Willen der Bergleute selber abhängig sein. Haben die Vertreter der bürgerlichen Parteien auch ihre Teilnahme für das Schicksal der Opfer des Unglücks versichert, so fehlt ihnen

Nochmals die deutsche Schuld

Von R. Kautsky

I.

Graf Montgelas trachtet meinen Artikel in der „Freiheit“ vom 15. Juni über die Schuldfrage zu einer Anklage gegen die Entente auszumünzen. Ich stehe der Entente sicher sehr kritisch gegenüber, namentlich ihrem jetzigen Tun, das mit selbst vom Standpunkt ihrer eigenen Interessen aus höchst sinnlos und verderblich erscheint.

Aber das darf uns den Blick über die Schuld des wilhelminischen Regimes am Ausbruch des Krieges nicht trüben. Graf Montgelas behauptet, meine Auffassung bedeute das gerade Gegenteil dessen, was die Entente in ihrem Ultimatum vom Juni 1919 erklärt. So einfach liegt jedoch die Sache nicht. Gewiß ist dieses falsch oder übertrieben, was dort steht, aber es findet sich doch auch ein recht großes Korn Wahrheit drin.

Niemand, der die deutsche Rüstungspolitik in den zwei letzten Jahrzehnten vor dem Kriege verfolgt hat, wird leugnen können, daß sie auf die Erringung der Vorherrschaft in Europa gerichtet war. Alle Großmächte beteiligten sich damals am Wettlaufen, doch Amerika und England rüsteten nur zur See, behielten ein kleines Landheer, Frankreich und Rußland rüsteten mit Macht ihr Landheer aus, aber ihre Seerüstungen erregten nicht Englands Verdacht. Deutschland dagegen, bereits die stärkste Landmacht in der Welt, betrieb seine Flottenrüstungen mit einem Eifer, daß sich England durch sie gefährdet fühlte.

Ob diese Rüstungen dem klar erfaßten Plan der Gewinnung der Welt Herrschaft dienten, vermag ich nicht zu sagen. Aber sie mußten diesen Eindruck erwecken und erweckten ihn, nicht bloß im Ausland, sondern in Deutschland selbst, wo die Anschauung sehr verbreitet war, daß am deutschen Wesen die Welt genesen sollte.

Und welches immer der Plan sein möchte, das Resultat des deutschen Rüstens wäre, wenn Deutschland sich behauptete, sicher die Welt Herrschaft gewesen. Ohne das Eingreifen Amerikas hätte Deutschland im Weltkrieg wohl gesiegt und damit mindestens die ganze alte Welt zu seinen Füßen gesehen.

Für uns Sozialdemokraten war aber diese Aussicht keineswegs begeisternd, sondern vielmehr abschreckend. Denn sie hatte zur Folge, daß das deutsche Volk in der ganzen Welt verhaßt wurde, ebensolcher wie zur Zeit der napoleonischen Kriege das französische Volk, ja noch mehr als dieses, da Napoleon den Völkern doch manches aus dem Erbe der großen Revolution brachte, während Großpreußen nichts Derartiges zu geben hatte. Die deutsche Sozialdemokratie, die stärkste Partei Deutschlands, hat die Rüstungspolitik daher auch stets bekämpft, die zur Isolierung und Einkreisung des Reiches führte.

In dieser Beziehung vermag ich die Anklage der Entente nicht zurückzuweisen, die nur wiederholt, was wir Sozialdemokraten stets erklärt haben. Wohl aber behauptet sie mehr, als sie beweisen kann, wenn sie sagt, Deutschland habe den Weltkrieg entfesselt, um seine Pläne der Welt Herrschaft durchzusetzen. Allerdings liebte es Wilhelm, sich als Herrn der Welt aufzuspielen; er hätte auch gern seine Armee und seine Flotte so stark gesehen, daß ihr bloßes Gewicht hinreichte, jeden Widerstand gegen ihn auszulöschen. Aber der Eindruck, den ich aus den Akten gewonnen habe, wird auch durch sonstige Mitteilungen bestätigt, daß Wilhelm nicht den Krieg als Mittel der Welt Herrschaft suchte. Womit nicht geleugnet werden soll, daß in seiner Umgebung eine starke Kriegspartei ihr Unwesen trieb, die durch die Rüstungspolitik sehr gefährdet wurde. Wilhelm selbst war nicht ernst zu nehmen, wenn er mit dem Säbel rasselte oder mit der gepanzerten Faust auf den Tisch schlug. Das war bloßes Theaterfeuerwerk, aber freilich eines, das in einem Pulverfaß abgebrannt wurde.

II.

Neben dem Ultimatum der Entente zitiert Graf Montgelas noch einen Satz aus meiner Abhandlung, die der amerikanische Historiker S. B. Fay über den Ursprung des Weltkriegs in der American Historical Review veröffentlichte. Herr Fay hat den Eindruck gewonnen, daß ich in meinem Buche behauptete, Deutschland habe den zögernden Berchtold eifrig zum Angriff auf Serbien und in den Weltkrieg getrieben. Graf Montgelas verzeichnet es mit Befriedigung, daß Fay von dieser Auffassung abrückt, die mit mir Unrecht in die Schuhe geschoben werde.

Ob die in dem Schöhen ausgesprochene Auffassung die meine ist, hängt davon ab, was man unter dem „zögernden Berchtold“ versteht. Es ist kein Zweifel, daß Berchtold die Initiative zum Angriff auf Serbien ergriff und keines Drängens bedurfte. Anderes steht auch in meinem Buche über den Weltkrieg nicht. Zeitweise aber haben Wilhelm und seine Leute allerdings den Eindruck gewonnen, als habe Berchtold sich die Sache überlegt und jaudere, und da zeigten sie sich recht ungeduldig. Fay läßt nicht erkennen, ob sich seine Bemerkung auf das letztere Stadium bezieht. Dann hätte er wirklich keinen Grund, von mir abzurufen.

Doch das ist Nebenache. Die Hauptsache ist, daß Herr Fay trotz des großen Wohlwollens für die deutsche Sache und trotz seiner Unparteilichkeit, die Graf Montgelas an ihm rühmt, im wesentlichen dieselbe Darstellung der Ereignisse gibt wie ich. Bloß in ihrer Beurteilung erweist er sich Deutschland gegenüber weniger streng. Seine Auffassung unterscheidet sich von der meinen hauptsächlich dadurch, daß er meint, Wilhelm und Bethmann hätten Berchtold bloß freie Hand gegen Serbien gegeben, und dieser hätte ihre Zustimmung mißbraucht. Die Dokumente zeigen mir aber, daß die deutschen Staatslenker den Oesterreichern nicht bloß freie Hand gaben, sondern sie lange Zeit ermutigten und völlig damit einverstanden waren, daß das Ultimatum an Serbien eine Form bekam, die den Krieg mit diesem Lande unvermeidlich machte.

Immerhin kommt Herr Fay zu folgendem Schluß:

„Diese neuen Dokumente entlasten Deutschland keineswegs von der Hauptverantwortlichkeit (obwohl sie Oesterreich in ungünstigerem Lichte erscheinen lassen als bisher). Deutschland trägt die Verantwortung für seine Fahrlässigkeit, daß es Oesterreich am 5. Juli freie Hand gab und nicht früher und energischer versuchte, seinen Einfluß in Wien geltend zu machen. Deutschland ist verantwortlich — und hier liegt die Verantwortung besonders beim Kaiser — dafür, daß es schließlich eine Reihe von Friedensvorschlagen hemmte, die wohl zum Nachteil für Oesterreich und das deutsche Prestige ausfallen konnten, was aber längst nicht so schlimm gewesen wäre als das, was wirklich folgte. Man würde eher geneigt sein, Deutschlands Behauptung zu akzeptieren, daß es zu seiner Verteidigung kämpfte, wenn es nicht so überhäuft seine Ultimatum an Rußland und Frankreich geschickelt und nicht auf dem Grundsatze bestanden hätte, daß der Mobilisierung unauweimlich der Krieg folgen muß. Und in einem noch höheren Sinne ist Deutschland verantwortlich, da man sagen darf, daß der Militarismus die eine der großen Ursachen des Krieges war. Für das Anwachsen des Militarismus in Europa war kein Land so verantwortlich wie Deutschland.“

Es wäre sehr verdienstlich, wenn Graf Montgelas die Anschauungen des so unparteilichen und deutschfreundlichen amerikanischen Gelehrten über die Schuldfrage im Untersuchungsansatz zu Geltung brächte, dem er angehört.

Herr Fay selbst ist bescheidenlich genug, von Bethmann und dem Kaiser zu sagen, sie seien nicht Verbrecher gewesen, sondern Einfaltspinsel (simpletons).

Indes ist der Militarismus nicht der einzige Schuldige am Ausbruch des Weltkrieges.

Eines ist auffallend: Noch 1913 hatte Deutschland Oesterreich daran gehindert, Serbien den Krieg zu erklären. Denn damals mußte man, daß der Weltfrieden dadurch gefährdet war. Warum hatte man das ein Jahr später vergessen?

Das lag sicher an den Schüssen von Sarajewo. Man war in Berlin so unwissend über österreichische Dinge, daß man in diesen Schüssen nicht die unvermeidliche Folge des bosnischen Gewaltregimes sah, eine lokale und nationale Sache, sondern ein Attentat gegen die Monarchen. Die Tötung des ihm persönlich befreundeten Franz Ferdinand, den er soeben erst besucht, wirkte auf Wilhelm wie der Stich einer Tarantel. Seine Handnoten zeigen, in welcher sinnlosen Wut er gegen die Serben geriet, die ihm bis dahin recht gleichgültig gewesen waren. Er sieht in ihnen nur noch Königsmörder, die vernichtet werden müssen. Seine Umgebung, statt ihn zu beruhigen, kachelte ihn noch an, indem sie ihm Nachrichten zufloßen ließ, die sein eigenes Leben von den Serben bedroht erscheinen ließen.

Das machte ihn toll und blind, so daß er Berchtolds Initiative willkommen hieß, die Oesterreicher zu größter Rücksichtslosigkeit ermunterte und sich dabei noch einbildete, die Monarchen Rußlands und Englands mühten mit ihm den Königsmördern gegenüber zusammenzustehen. Erst als das Ultimatum herauf war und seine unheilvollen Wirkungen zeigte, begann bei Wilhelm die furchtbare Situation aufzuklären, in die er sich und sein Volk durch seinen monarchischen Verfolgungswahn hineingeritten hatte, nachdem sein monarchischer Größenwahn vorgearbeitet. Aber nun war es zu spät — auch erkannte er ja nicht die Schuld bei sich, sondern suchte sie bei den anderen.

Neben dem Militarismus war es das Gottesgnadentum, das uns in die Katastrophe hineingeführt. Sie ist nun zu seiner eigenen Katastrophe geworden — in Deutschland, Oesterreich, Rußland.

Das ist der einzige Gewinn, den der furchtbare Krieg uns gebracht hat. In diesem Gewinn wenigstens sollten wir festhalten. Es bildet keine Rechtfertigung des Gottesgnadentums, wenn man findet, die regierenden Männer, die es Deutschland gegeben, und die uns in den Krieg hineingezogen haben, seien keine Verbrecher, sondern bloß einfältige Narren gewesen. Ein Narr ist gefährlicher und kann weit mehr Unheil anrichten, als ein kluger Verbrecher, der Schaden nur dort stiftet, wo er selbst Nutzen daraus zieht. Wehe der Nation, die Narren und Vinseln unterworfen ist!

Ein Skandal

Das Ausnahmegericht gegen streikende Metallarbeiter

Das außerordentliche Gericht beim Landgericht I, das endlich am 30. Juni seine Tätigkeit eingestellt hat, hat sich noch in seiner vorletzten Sitzung einen argen Uebergriff erlaubt. Die Oberverordnung vom 14. Mai 1921 schreibt bekanntlich vor, daß die Anklage vor dem außerordentlichen Gericht nur dann erhoben werden soll, wenn die Tat mit der aufrührerischen Bewegung aus dem März dieses Jahres in Verbindung steht. Das hat die Anklagebehörde nicht abgehalten, drei Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, Christianat, Lange und Kalläne vor dem außerordentlichen Gericht anzuklagen, weil sie am 19. und 21. März, während des Streiks der Berliner Schmiedegesellen, dem Obermeister der Schmiedebinnung Barndt die Forderungen der Streikenden unterbreitet und bei dieser Gelegenheit gemeinschaftlichen Hausfriedensbruch begangen haben sollen. Der Verteidiger, Genosse Dr. Siegfried Weinberg, geistete vor Eintritt in die Verhandlung auf das Schärfste, daß hier Anklagen wegen gewöhnlicher „Streifdelikte“, die mit der kommunistischen Aktion nicht das geringste zu tun hatten (keiner der drei Angeklagten ist Kommunist) und die sich abgespielt haben, ehe in Berlin überhaupt die kommunistische „Aktionsparole“ herausgegeben war, entgegen dem klaren Wortlaut der Verordnung vor dem Sondergericht behandelt werden sollten. Damit würde es zur Gewissheit, daß es sich bei den außerordentlichen Gerichten um reine Ausnahmegerichte gegen die Arbeiter handele. Staatsanwalt Welker wandte sich gegen diese Ausführungen des Verteidigers mit dem Bemerkten, daß die Kommunisten jeden Streik für ihre Zwecke ausnützten, so daß jeder Streik mit der kommunistischen Märzaktion in Zusammenhang stehe! Das Gericht schloß sich dieser eigenartigen Argumentation an und erklärte sich für zuständig, womit es zu erkennen gab, daß es sich als Ausnahmegericht gegen die gesamte Arbeiterchaft fühlte. Die Verhandlung ergab, daß es sich tatsächlich um einen rein gewerkschaftlichen Lohnstreik handelte, bei dem keinerlei politische Momente mitspielten. Nach längerer Beweisannahme wurde Christianat freigesprochen, Kalläne, gegen den der Staatsanwalt zwei Monate Gefängnis beantragte, wurde zu 300 M. Geldstrafe und Lange, gegen den vier Monate Gefängnis beantragt wurden, zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Dem Angeklagten Lange wurde auf Antrag des Verteidigers bedingte Strafaussetzung mit Aussicht auf künftige Begnadigung zugesprochen. Wenn demnach auch das Ausnahmegericht den Erwartungen des Staatsanwalts nicht voll entsprach, so bleibt doch der Skandal bestehen, daß hier ein Fall, der mit der sogenannten Märzaktion nicht das geringste zu tun hat, trotz der einschränkenden Verordnung vom 14. Mai vor das Ausnahmegericht gezerrt worden ist.

Auch eine Einheitsfront

Die Rechtssozialisten nehmen sich in ihrer Presse und Propaganda heute mit besonderer Wärme der Einigkeit des Proletariats an. Inwiefern das lediglich parteipolitische Spekulation oder ehrliche Absicht ist, bleibe dahingestellt. Es muß aber festgehalten werden, in wie merkwürdiger Weise manche rechtssozialistische Kreise die Einheitsfront der Arbeiterklasse praktizieren. Ein typisches Beispiel dafür ist die dieser Tage vor sich gegangene Staatsratswahl in dem ehemaligen Volksstaat Reuß, der seit dem Zusammenfallen des Staates Thüringen zu diesem gehört. Die frühere Regierung von Reuß besteht nur noch als Gebietsregierung und die Zahl ihrer Staatsräte muß nach dem Uebergangsgesetz ab 1. Juli 1921 von sechs auf vier herabgesetzt werden. Von den bis jetzt amtierenden sechs Staatsräten gehören vier der USP., einer den Kommunisten und einer den Rechtssozialisten an. Der rechtssozialistische Staatsrat fungiert lediglich ehrenamtlich, sein Ausscheiden aus der Regierung wäre unerheblich. Aber die Rechtssozialisten wollen ihren unbesoldeten Staatsrat um jeden Preis reiten; sie können es nur, wenn sie einen amtierenden

Staatsrat der USP. fallen lassen. Das war ja aber auch eigentlich der Zweck der Uebung. Um dieses heißersehnte Ziel zu erreichen, verständigten sich die Rechtssozialisten in der letzten Gebietsvertretung mit den bürgerlichen Parteien von dem Deutschnationalen bis zu den Demokraten und brachten den unabhängigen Staatsrat, der das höchst wichtige Wirtschaftsamt leitet, mit kalter Miene zu Fall. Die verlorene Position kommt allein der Reaktion zugute, denn das Wirtschaftsamt gelangt nach dem Weisungen der thüringischen Regierung höchstwahrscheinlich in die Hände eines Bureaufreten. Im reußischen Wirtschaftsleben wird sich dieser Wechsel alsbald bemerkbar machen, und namentlich die Arbeitslosen werden die rechtssozialistische Einheitsfront sehr bald zu spüren bekommen. Viele beschränkte Sabotagepolitik, die sich allein gegen die Arbeiterklasse richtet, treiben die thüringischen Rechtssozialisten in diesem Falle nicht zum erstenmal. Aber man kann an diesem Treiben das Getue von der Einheitsfront des Proletariats messen. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat allen Grund zu prüfen, ob es sich hier um ein ehrliches Spiel oder um eine planmäßige Prozedur handelt.

Ein seltsames Kapitel

Der Etat des Staatskommissars für öffentliche Ordnung

Im Preussischen Haushaltsplan befindet sich ein seltsames Kapitel. Es enthält in wenigen lakonischen Worten den Etat des Staatskommissars mit 920 000 M. Wir vermuten, daß diese seltsame geheimnisvolle Etatifizierung eines so großen Amtes, wie des Staatskommissariates für die öffentliche Ordnung, seine guten Gründe hat. Man wird uns deshalb das Recht nicht nehmen können, zu fragen, wie sieht sich dieser seltsame Etat zusammen? Bezahlt der Herr Staatskommissar Weismann von dieser lumpigen Million all die Hunderte von Spikeln, die für ihn im Reich tätig sind? Bezahlt er davon das Auto, mit dem er und seine Regierungsräte spazieren fahren? Bezahlt er davon die unzähligen dringenden Staatsgespräche, die seine Berliner Zentrale alljährlich führt? Bezahlt er von diesen 920 000 M. die gesamten Bureaufkosten seines allein mindestens 30 Beamte umfassenden Bureaus in der Wilhelmstraße? Bezahlt er davon die Fonds, die seinen Beamten und ihm zu besonderen Zwecken zur Verfügung stehen? Dann sollte man den Herrn Staatskommissar möglichst schnell zum Obergerichtspersonal ernennen, denn das Kunststück, Ausgaben, die mehrere Zehner von Millionen ausmachen mit 920 000 M. zu bestreiten, hat ihm bisher noch niemand nachgemacht. Oder sollte am Ende der Herr Staatskommissar geheimnisvoll diese seine ungedeckten Ausgaben aus dem der preussischen Regierung zu besonderen Zwecken zur Verfügung stehenden 40 Millionenfonds decken. Die Hauptfrage aber bleibt noch wie vor, was soll eigentlich immer noch dieses Staatskommissariat für politische Spionage in einer demokratischen Republik?

Der Lohnabbau in Mansfeld

Wie uns aus Halle mitgeteilt wird, fällt unter dem Vorzeichen des früheren Ministers Seering der auf Veranlassung des Reichsarbeitsministers eingeleitete Schlichtungsausschuss zur Schlichtung des Lohnstreites zwischen der Arbeiterchaft und der Betriebsleitung der Mansfelder Kupfer- und Schieferbauenden Gewerkschaft folgenden Schiedspruch:

„Die Schiedsämter bleiben in der bisherigen Höhe bestehen. In Berücksichtigung einer Herabminderung der Arbeitsleistung, die nach dem Gutachten der Sachverständigen 7 Prozent beträgt, ist die Gewerkschaft berechtigt, die von den Gedingearbeitern verdienten Löhne soweit herabzusetzen, daß bei einer um 7 Prozent gegenüber April 1921 gesteigerten Leistung die gleichen Löhne verdient werden, wie im April 1921. In den Hüttenbetrieben wird die Weiterführung des Betriebes an Sonn- und Feiertagen im Rahmen der hierfür unerlässlichen Arbeiten und der gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeits- und Ruhezeit zur Pflicht gemacht. Die Sonn- und Feiertagsarbeiten haben als Bedienung laufender Anlagen zu gelten und werden mit einem Aufschlag von 25 Prozent bezahlt.“

Der Erfolg des sogenannten Schiedspruches ist also, Beibehaltung der jetzigen Löhne unter der Bedingung, daß die Arbeiter noch mehr als bisher frohnden müssen und außerdem jederzeit verpflichtet sind, Sonn- und Feiertagsarbeit zu leisten.

Nordhausen

Gegen den Massenmörder

Als Gegenmaßnahme gegen die Demonstration der Rechtsparteien anlässlich des Hindenburg-Zwischenfalls in Nordhausen veranstaltete die Arbeiterchaft von Nordhausen einen Umzug durch die Stadt und eine Versammlung. Die Versammelten erfreuten Hindenburg mit folgendem Begrüßungs-telegramm:

„Ueber 10 000 Nordhäuser Arbeiter und Arbeiterinnen erheben Protest gegen die Revanchepolitik, das Treiben zu neuem Krieg, das unter Ihrem Namen getrieben wird. Nun eine Politik fördert Deutschlands Wohl, das ist die sozialistische Friedenspolitik.“

Offenlich wirkt das. Hindenburg mag auf seinem Altenteil bleiben und froh sein, daß man ihn in Ruhe läßt. Die „Tägliche Rundschau“ ist natürlich über das Telegramm sehr aufgeregt und schwagt etwas vom Mangel an „nationaler Würde“. Es wäre gut, wenn die abgehalfterten Generale etwas mehr persönliche Würde bekunden und sich nicht als Schaustücke für nationalistische Jahrmärkte hergeben würden.

Oberschlesien

Wiederaufnahme des Verkehrs

Stettin, 2. Juli.
Mit der Aufnahme des Verkehrs ist in beschränkter Umfange begonnen worden. Gestern früh ist der erste Personenzug von Oppeln abgefahren.

Kampf zwischen den Aufständischen

Boguski, 2. Juli.
Während des Feldzuges am Peterpaulstage gerieten beim Tanz in einem Lokal kongresspolitische Insurgenten mit einem Trupp ober-schlesischer Insurgenten in Streit. Die Oberschlesier feuerten von außen mit einem Maschinengewehr in den Tanzsaal hinein. Die Kongresspolitiker hatten zehn Tote, elf Verwundete. Der Führer der Angreifer, einer der Kommandanten von Beuthen, wurde festgenommen und über die Grenze geschafft.

Das deutsch-sinesische Abkommen

Peking, 28. Juni.
Ein Regierungserlaß ratifiziert das Sinesisch-deutsche Abkommen und ermächtigt das Sinesische Ministerium des Auswärtigen, mit der deutschen Regierung die Ratifikationsurkunden auszutauschen.

Die Ursachen der Grubenkatastrophe

Ein Panamastandal — Wie die Milliarden des Reichs vergeudet werden

Deutscher Reichstag

Präsident Eöbe eröffnet die Sitzung 11 Uhr 20 Min.

Auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums ist das Schwerkriegsbeschädigten-Versicherungsgesetz vom 1. April 1919 in Kraft getreten. Die Kranken hätten sich ungebührlich benommen. Infolgedessen sind den Inassen jede ärztliche und pflegerische Behandlung, sowie Nahrungsmittel und Taschengeld und außerdem den Familien die baren Unterhaltungen entzogen worden. Eine Interpellation unserer Fraktion und der Kommunisten fragt, ob die Regierung diese Maßnahmen rückgängig machen und die den Lazarettinassen und deren Angehörigen entzogenen Gebührenisse auszahlen lassen will.

Der Reichsarbeitsminister Braunus erklärt, die Regierung werde die Interpellation in der vorgeschriebenen Frist beantworten.

Sodann werden der Gesetzentwurf zur Durchführung des Friedensvertrages betr. Beschlagnahme des Luftfahrzeuggerätes sowie der Entwurf betr. Militäraltentener, der Entwurf betr. Gebühren der Rechtsanwältin und der Gerichtsnotar und der Entwurf betr. Patentamtliche Gebühren ohne Debatte erledigt. Ebenso nach einer kurzen Berichterstattung durch den Abgeordneten Marx der Entwurf zur Sicherung von gewerblichem Schutzrecht deutscher Angehöriger im Ausland. Desgleichen finden ohne Debatte Annahme des Gesetzentwurfs über die Gewährung von Beihilfen an Rentnempfangler aus der Angestelltenversicherung.

In der dritten Beratung des Gesetzentwurfs über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn bemerkt

Abg. Curt Geier (Komm.), daß seine Fraktion das Gesetz annehmen werde, weil dadurch eine Reihe von Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Zustand herbeigeführt werde. Der Entwurf wird einstimmig angenommen. (Hört! hört!)

Interpellation über das Grubenunglück auf der Zeche Mont Cenis

Abg. Imbusch (Ztr.): Im Bergbau lassen sich nicht alle Unfälle verhüten. Solche Massenunfälle aber dürfen nicht vorkommen. Wenn die Verhütungsmöglichkeiten ausgenutzt werden, können große Explosionen kaum vorkommen. Auf der Zeche Mont Cenis haben wir es mit einer gewaltigen Kohlenstauberexplosion zu tun. Mein Eindruck im allgemeinen war, daß sowohl die Bewitterung, Verieselung und der Ausbau des Reviers gut waren. Nichtsdestoweniger hat die Grube auch ihre Gefahren, Rängel und Tücken. Hier und da standen, wie aus den Zeugnissen und Sachverständigenausagen hervorgeht, Schlagwetter. Aufgefallen ist mir, daß der Schlagwetter-Kontrollleur am Tage der Explosion keine Schlagwetter gefunden hat. Ebenso ist es merkwürdig, daß seit März keine Schlagwetter mehr festgestellt worden sind. Bei guter Prüfung müssen in einem Monat irgendwas mal Schlagwetter gefunden werden. Uebrigens haben in der Tat auch in der letzten Zeit drei Schlagwetter-Explosionen geringeren Umfanges stattgefunden. Was kann zur Verhütung von Unfällen im Bergbau geschehen? In die Spitze der Forderungen stelle ich: gute Ausbildung der Bergarbeiter, praktische sowohl wie theoretische. Dazu bedürfen wir guter Fortbildungsschulen. Auch durch Vorträge, besonders experimentelle Vorträge, kann man den Leuten einbringlich vorführen, wie Katastrophen entstehen. Den Wettermännern muß in Verhütungsvorrichtungen vorgeführt werden, welches Unheil sie heraufbeschwören, wenn sie die Wetterkontrolle nicht gewissenhaft durchführen. Im Bergbau hängt das Wohl des einen von der Gewissenhaftigkeit des andern ab. Aber ich muß auch sagen, daß die Bergarbeiter nicht bei jeder Gelegenheit Forderungen an die Behörde stellen. Selbst ist der Mann. Auf der Grube Mont Cenis hat der Wettersteiger zugleich auch die Kohlenförderung zu beaufsichtigen. Ein solches System kann sehr leicht dazu führen, daß der Steiger die Kohlenförderung für wichtiger hält als die Wetterführung. Die Grubenkontrolle kann erheblich verbessert werden durch eine gute Zusammenarbeit von Bergbehörden und Betriebsrat. Wünschenswert ist die Besprechung des Betriebsplans mit den Betriebsratsmitgliedern.

Abg. Pieper (U. S. P.):

Die Unternehmen wollen nicht in erster Linie Schutz von Leben und Gesundheit der Bergarbeiter, sondern Profit. Den Sicherheitsmännern lieh man persönliche Vorteile zufommen. Wo das nicht half, griff man zur Hungerpeitsche, ging man mit Maßregelungen vor. Redner weist an Hand der Statistik dar, wie ungeheuer die Opfer sind, die die Bergarbeiterjahre jahraus, jahrein auf dem Schlachtfeld der Arbeit zu lassen hat. Der Ausschuss hat festgestellt, daß es sich um eine Kohlenstauberexplosion auf der Zeche Mont Cenis handelt. Nach den Aussagen der Zeugen und sonstigen zur Vernehmung Herangezogenen sind alle Sicherheitsvorschriften streng innegehalten. Der Ausschuss hat festgestellt, daß durchaus nicht alles in Ordnung war. Nun aber verlangt man, die Arbeiterschaft für das Unglück selbst verantwortlich zu machen. Redner führt eine Anzahl von Presseäußerungen für diese Verleumdung an. Wenn Betriebs- und Bergpolizei-Vorschriften nicht so befolgt werden von den Arbeitern, so liegt das daran, daß uns dazu einfach nicht die Möglichkeit gegeben ist. Die bergpolizeilichen Vorschriften sind während des Krieges sehr gelockert worden. Die Unfallziffern sind infolgedessen während des Krieges gewaltig emporgeschossen. Das wirkt auch jetzt noch nach. Die Karte Vermehrung der Belegschaft im Bergbau durch unerfahrene Arbeiter führt naturgemäß zu Vermehrung der Katastrophen. Die Unkenntnis der Leute, wie man sich vor Unfällen schützen kann, muß die Katastrophengefahr vergrößern. Die Zuführung frischer Wetter ist auf der Zeche Mont Cenis nicht mangelhaft. Ich fand dort Schlagwetter und sie stehen noch da. Ein Sachverständiger hat sogar mit Bezug auf Mont Cenis gesagt, wenn hier eine Schlagwetterexplosion entstanden wäre, hätten wir ein zweites Raddob bekommen.

ein zweites Raddob bekommen.

Wenn alle Sicherheitsvorschriften beachtet worden wären, hätte die Katastrophe nicht hereinbrechen können.

Das Grundübel der Bergunfallsfälle ist das kapitalistische Wirtschaftssystem. Der Unternehmer will Profit, der Arbeiter seinen Lohn. Mehr als anderswo gilt für den Bergbau, daß Akkordarbeit Nordarbeit ist. Auf Mont Cenis hat man aber auch das sogenannte Leistungsgebilde eingeführt. Der Arbeiter ist bestrebt, möglichst viel zu leisten, damit er möglichst viel Lohn erhält. Vollausschlag bedeutet für ihn Hunger. Aber allerdings, Arbeitskraft bedingt sehr oft den Tod. Die Löhne der Bergarbeiter sind nicht so, daß die Bergarbeiter ein auskömmliches Leben führen können. Er bewegt sich zwischen 60 und etwas über 80 M. pro Tag in den letzten Monaten. Erst im Mai dieses Jahres erreichte er die Summe von 83,94 M. Damit ist nicht auszukommen. Es ist doch auch besonders zu beachten, daß das durchschnittliche Lebensalter der Bergleute nur 42,2 Jahre beträgt. Wo in einem Alter, wo andere Menschen sich noch in der Vollkraft ihres Lebens befinden, sind

die Bergarbeiter bereits dahingerafft.

Herr Abgeordneter Hue hat, als wir die Interpellation eingebracht hatten, von den Betriebsräten gesagt, daß sie nichts anderes als weiße Salbe seien. Wir freuen uns über seine bessere Einsicht. Wir haben dasselbe von Anfang an gesagt. Es ist zwar den Betriebsräten das Recht gegeben, sich zur Unfallverhütung zu äußern, aber es ist notwendig, daß ihnen auch eine weitgehende Selbständigkeit auf diesem Gebiete gegeben wird. Haben die Betriebsräte Schuld an dem Unglücksfall? Schon werden derartige Behauptungen aufgestellt. Sie hätten für Abstellung der Mängel zu sorgen. Wenn das gelten soll, muß man aber auch den Betriebsräten Vollmachten einzuräumen, damit sie in der Tat Mängel abstellen können. Was die Beleuchtung der Grube anbetrifft, ob Benzin-Sicherheitslampen oder elektrische Grubenlampen, so sehe ich nicht an, zu erklären, daß ich mich durchaus nicht Neuerungen entgegenstelle, aber völlig zu entbehren ist die Benzin-Sicherheitslampe nicht. Was aber gelan

werden kann. Unglücksfälle zu verhindern, muß geschehen, ohne Rücksicht auf den Profit. Das ist bisher leider nicht geschehen. Immer wieder sind die Bestrebungen der Arbeiter, der Arbeit in den Gruben den größtmöglichen Teil der Gefahren für Gesundheit und Leben zu nehmen, gescheitert. Und weitere Massen Bergarbeiter mußten das mit dem Leben bezahlen.

Angefaßt der Massengräber im Ruhrgebiet

haben wir die Pflicht, und wir werden nicht ruhen, eine Gesellschaft herbeizuführen, in der das Menschenleben höher steht als der Profit. (Lebh. Beifall bei den U. S. P.)

Reichsarbeitsminister Dr. Braunus: Soweit es möglich war, ist eine große Zahl der im Bergbau unerfahrenen Leute aus den gefährlichen Betrieben entfernt worden. Aber bis heute ist es noch nicht möglich, auf alle die neuangestellten Arbeitsträfte zu verzichten. Sicher ist es notwendig, auf die Schulung und müttergültige Ausbildung der Bergarbeiter für den Grubenbetrieb größtmögliches Gewicht zu legen. Aber die Schulung und Ausbildung für den Grubenbetrieb müßte nach Meinung der Regierung verbunden werden mit der praktischen Arbeit in der Grube. In dieser Beziehung soll ein Ausbau des Fortbildungsschulwesens herbeigeführt werden. Es kommt sehr viel auf gewissenhafte Befolgung der Vorschriften sowohl durch die Bergbeamten als auch die Arbeiter an. Es ist daher auch eine wichtige Aufgabe der Betriebsräte, in diesem Sinn auf die Arbeiter einzuwirken. Die Regierung wünscht eine gründliche Mitarbeit bei der Durchführung der Unfallverhütung. Aber die Regierung betrachtet das Betriebsrätegesetz nicht als weiße Salbe. Bei richtiger Anwendung des Betriebsrätegesetzes können die Betriebsräte vieles tun. Eine Erweiterung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes scheint uns nicht notwendig zu sein.

Bergrat Hahfeld legt eingehend die Betriebsverhältnisse auf der Zeche dar. Die Ursachen des Unglücks sind noch nicht zweifellos festgestellt. Künftigen Unglücksfällen vorzubeugen ist nur möglich durch Verbesserung des Brennstoffs und der Grubenlampen. Auch auf die Ausbildung der Bergarbeiter muß das Augenmerk gerichtet werden. Gemeinam mit dem Betriebsrat soll die Bergbehörde sich der Unfallverhütung widmen.

Die Besprechung der Interpellation

Abg. Rath-Düsseldorf (Dnat.): Es ist Aufgabe der Sachverständigen und Behörden, zunächst einmal zu prüfen, wo verbessert werden kann. Notwendig ist, daß alle beteiligten Kreise sich bemühen, den bestehenden Vorschriften Geltung zu verschaffen. Da müssen auch die Organisationen sich ins Mittel legen. Wenn aber versucht werden soll, aus diesem heftigen Ereignis politisches Kapital zu schlagen, so müssen wir sagen: Finger weg!

Abg. Winnefeld (D. P.): hält die Vorschriften für ausreichend. Selbst der Betriebsrat, der zudem kommunistisch sei, habe gesagt, daß von einem Verschulden nicht gesprochen werden dürfe. Das Unglück sei grauenregend, aber im Reichstage scheue man sich nicht, das Unglück für parteipolitische Zwecke auszuwerten. Die Feststellungen des Untersuchungsausschusses hätten zwar Mängel gezeigt, aber ob und wo ein Verschulden vorliege, sei noch nicht klar.

Abg. Janssch (Soz.): Was nützen die schönsten Vorschriften auf dem Papier, wenn sie nicht durchgeführt werden. Ich habe festgestellt, daß die Verieselung versagt. An einer Stelle fehlt 50 Meter Rohr, an einer anderen das Ventil und wieder an anderen Stellen die Zwischenventile. Unter solchen Umständen kann die Verieselung nicht funktionieren. Als das Unglück geschehen war, hat der Kohler sehr schnell hineingefunden in die Grube, um die Zwischenventile hineinzubauen. Die Wetterkontrolle ist nicht müttergültig geführt worden. Mir ist mitgeteilt worden, daß, obwohl 34 Wetter vorhanden waren, nicht ein einziges ins Wetterbuch eingetragen war. Den Hauern wird es schwer gemacht, das Wasser zur Verieselung zu bekommen. Belsch mußten sie es sich selbst holen. Da kann man es verstehen, daß sie, namentlich da durch die Verieselung die Arbeit noch viel unangenehmer wird, manchmal denken, versuchen wir es so. Dann aber ist sehr leicht das Unglück da.

Abg. Fiegler (Dem): Restlose Aufklärung über die Ursachen des Unglücks ist notwendig. Daß die Sicherheit für Gesundheit und Leben im Bergbau abgenommen hat, ist eine naturgemäße Folge des Krieges, der es erforderlich machte, viele mit dem Bergbau nicht vertraute Leute einzustellen.

Abg. Braß (Komm.): Es trifft durchaus nicht zu, daß auf der Grube Mont Cenis alles in Ordnung war. Es muß festgestellt werden, daß die Betriebsratsmitglieder ausdrücklich erklärt haben, daß auf der Grube ein großer Mangel an Röhren und anderen Verieselungsgeräten herrschte. Bis zum 30. März sind Schlagwetter festgestellt. Seit dem 1. April ist keine mehr ins Wetterbuch eingetragen. Sie können doch nicht mit einem Mal aufgehört haben. Schuld an dem Unglück ist das kapitalistische System.

Abg. Schwarzer (D. Sp.): Wir sind bereit, alle gesetzgeberischen Maßnahmen zum Schutze der Bergleute zu unterstützen und hoffen, daß es gelingen werde, Grubenkatastrophen in Zukunft hintanzuhalten.

Abg. Jaeger (S. P. D.): Kollege Braß hat die Exekutive für die Betriebsräte verlangt. Zugleich erzählte er aber auch, der Betriebsrat auf der Grube Mont Cenis habe sich beschwähren lassen. Solange Betriebsräte sich beschwähren lassen, können wir ihnen nicht die Exekutive einräumen.

Abg. Rosemann (U. S. P.):

Die Bergarbeiter haben etwas anderes von der Regierung erwartet, als sie vom Reichsarbeitsminister vernommen haben. Er hat gemeint, die Rechte der Betriebsräte reichten aus, um Unglücksfälle zu vermeiden. Ich bin aber mit dem Kollegen Hue der Meinung, daß die Betriebsräte in der Tat nichts als weiße Salbe sind. Es wurde gesagt, daß die Vorschriften ausreichen, um das Verhüten in der Verhütung von Grubenkatastrophen zu tun. Aber kann denn der Bergarbeiter bei den heutigen Verhältnissen die Vorschriften alle befolgen? Würde er das tun, müßte er mit der Hälfte des ohnehin kärglichen Lohnes nach Hause gehen. Auf einer Zeche wurde nach einer Explosion festgestellt, daß sie auf schlechte Munition zurückzuführen war. Ein Steiger verbot die weitere Verwendung dieser Munition. Die Bergbehörde hätte die Pflicht gehabt, das Verbot zu verallgemeinern. Sie tat nichts. Die Folge war, daß wenige Tage später auf derselben Zeche eine neue Kohlenstauberexplosion sich ereignete, wobei es 7 Tote und 10 Verletzte gab. (Hört! hört!)

Der Reichsarbeitsminister erklärte, daß an der Untersuchung im Falle Mont Cenis wenig Arbeitervertreter hinzugezogen worden seien. Die Organisationen der Arbeiter hatten verlangt, daß Vertreter der Arbeiter hinzugezogen würden. Aber die Zechenkräutten sich dagegen. (Hört, hört!) Sie wurden nicht hinzugezogen. Der Vertreter der Bergbehörde erklärte, daß er nichts gegen die Hinzuziehung habe. Dann habe man sie noch sprechen wollen, da seien sie aber weggegangen gewesen. Könnte man denn überhaupt annehmen, daß die Organisationsvertreter noch da sein würden, nachdem man sie von morgens bis abends hat drauhen haben lassen? Die lassen sich nicht wie dumme Jungen behandeln. Auf Mont Cenis mit seiner großen Belegschaft mußte ein Steiger drei Reviere beaufsichtigen. Was auf der Zeche in Ordnung war, hat der Vertreter des Bergamts gesehen, was nicht in Ordnung war, blieb ihm unbekannt.

26 Betriebe mußte ein Wetterkontrollleur kontrollieren. Die Wetterkontrolle soll drei Stunden vor der Einfahrt geschehen. Es ist aber unmöglich, diese Kontrolle auszuführen, und in der Tat hatte auch der betreffende Wetterkontrollleur nur 6 von 26 Stellen besichtigt. Die Verieselung war auf Mont Cenis schlecht, die Röhren waren zu dünn, um eine ordnungsgemäße Verieselung

durchzuführen. Sonderbarerweise hat die Bergbehörde nicht entdeckt, daß die Röhre 50 Meter von der Strecke fehlte. Ein Uebelstand ist, daß der Verieselungsmeister nicht nur die Verieselung vorzunehmen hat, sondern auch die Reparaturen an den Röhren. Auch die Aufsicht war miserabel. Wir haben festgestellt, daß für 126 Mann nur ein Aufsichtsbearbeiter (Steiger) war, während 80 die Höchstgrenze ist. In Mont Cenis hat ein Schichtmeister an einem Tag 22 Schicht geleitet. Ich möchte die Bergbehörde fragen, ob dies innerhalb vier Stunden möglich ist. (Der Oberberghauptmann nickt und sagt: Ja!) Diese Behauptung glaubt Ihnen, Herr Oberberghauptmann, niemand, der praktisch im Bergbau tätig ist. Es wurde weiter festgestellt, daß auf Mont Cenis von einem Beamten 21mal Schlagwetter eingetragen waren. Und der gleiche Beamte sagte, daß ein zweites Raddob hätte eintreten können.

Wenn immer von den Bergarbeitern Opfer verlangt wurden, hat man ihnen die Sozialisierung des Bergbaues versprochen, aber nichts ist seitens der Regierung geschehen, um den Worten die Taten folgen zu lassen. Wundert sich die Regierung, daß die Arbeiter kein Vertrauen zu ihr haben? Wenn aber irgend eine Partei die Schuld trifft, daß in der Sozialisierungsfrage nichts getan worden ist, so hauptsächlich die rechtssozialistische. Sie brauchte nur zu wollen, aber sie wollte nicht. Die Bergarbeiter allein hatten die Macht, die Regierung zu zwingen, wenn, ja wenn die Rechtssozialisten gewollt hätten. Die Schuld für das Grubenunglück liegt am Gedingeverfahren, das die Bergarbeiter zwingt, die bergbaupolitischen Vorschriften zu vernachlässigen. Ich hätte gehofft, daß die Regierung erklärt, den Betriebsräten müßten größere Rechte eingeräumt werden. (Die Rechte laßt fortgesetzt.) Ich glaube allerdings, daß es Ihnen unangenehm ist, wenn man das kapitalistische System angreift. Aber Sie werden nicht verhindern, daß der Sozialismus sich durchsetzt zum Segen der gesamten Menschheit, vor allem zum Segen der Arbeiterklasse. (Lebh. Beifall bei den U. S.)

Damit schließt die Besprechung der Interpellation. Nach Erledigung einiger Nachtragsetats bringt beim Etat des Reichsernährungsministeriums

Abg. Dr. Herz (U. S. P.):

das Milliardenangebot an die Agrarier bei der Maisverbilligung zur Sprache. Die bürgerlichen Fraktionen haben sich im Ausschuss zu diesem Vorschlag nicht geäußert. Es ist erklärlich, daß, wenn man ein Milliardenangebot erhält, man nur dankt schön sagt und sonst schweigt. Alle Gründe, die damals für den Vorschlag angeführt worden sind, sind heute hinfällig. Für kulturelle Zwecke haben wir nicht zwei Millionen, hier aber Milliarden. Entgegen der Behauptung der Regierung, daß sich die Ablieferung von Getreide steigerte, sind in der Periode vom 15. Februar bis 15. Juni nur 100 000 Tonnen abgeliefert worden. Wenn wir dieses Getreide im Ausland gekauft hätten, hätten wir 4000 M. pro Tonne bezahlen müssen, während jetzt den Agrariern 24 000 M. pro Tonne gezahlt wurden.

Das ist ein Panamastandal.

wie er in der Wirtschaftsgeschichte Deutschlands noch nicht dagewesen ist. (Lebh. sehr richtig! h. d. So.) Es ist eine den Agrariern zustehende Liebesgabe von 24 Milliarden Mark ohne jeden volkswirtschaftlichen Wert. (Bravo! h. d. U. So.)

Abg. Dörrich (D. Sp.): Wir Bauern sind nicht gewillt, noch länger die Prügelknaben zu sein. (Schlägt mit der Faust auf den Tisch.)

Reichsernährungsminister Hermes: Die Verbilligung des Mais sollte nicht nur der Verbilligung des Brotgetreides dienen, sondern auch der Förderung der Schweinezucht. Ich vermahre mich dagegen, daß der Abg. Herz von einem Panamastandal spricht.

Abg. Schmidt-Copien (Soz.) trägt eine Reihe von Forderungen vor, in denen die Großagrariere es verstanden haben, sich billigen Mais zu verschaffen und Millionen zu verdienen, während die kleinen Landwirte bei der Maisverteilung benachteiligt werden.

Reichsernährungsminister Hermes: Es ist zweifellos, daß ich bei einer solchen Aktion Mißstände einstellen. Auch uns sind sie bekannt. Im übrigen verteidigt der Minister die Maisliebhaber.

Abg. Herz (U. S. P.): Daß sich bei der Verteilung von Mais Schieberzeilen zutrugen, ist erklärlich, denn die Verteilung geschieht nicht durch die Behörden, sondern durch die Landwirtschaftlichen Organisationen. Wenn der Minister die von mir genannten Zahlen beanstandet, so möchte ich ihm sagen, daß in der Tat seit dem Inkrafttreten des Gesetzes nicht mehr als 100 000 Tonnen an die Reichsgetreidestelle abgeliefert worden sind. Was der Minister über das Steigen der Schweinefleischpreise sagt, ist hinfällig, denn seit 1919 zeigt die Schweinezucht eine steigende Tendenz, in letzter Zeit besonders durch die Freigabe der Fleischwirtschaft. Zum großen Teil ist der Mais in die Brennereien gewandert. In der letzten Sitzung des Reichstags für das Branntweinmonopol ist festgestellt worden:

Deutschland erkaufte zurzeit direkt im Branntwein,

so groß ist unsere Erzeugung. (Widerspruch rechts.) Ja, meine Herren, für die Branntweinproduktion, bei der Sie mich verdienen, zeigten Sie stets ein besonderes Interesse. Daher steht auch der Kampf für die Mais-Milliarden, für die die Massen die Kosten bezahlen müssen. (Sehr richtig! h. d. U. S.) — Es folgen weitere Bemerkungen des Abg. Herz und des Minister Hermes.

Damit ist der Haushalt des Reichsernährungsministeriums erledigt. Das Haus tritt nach zehntägiger Sitzungsdauer in die Erledigung des Eisenbahnetats ein. Aber da die Pressevertreter die Berichterstattung einstellten, ist über den weiteren Verlauf der Sitzung nichts bekannt.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. Tagesordnung: Abwicklung der Kriegesgesetzhaiten, Uebertragung der Wassertraben auf das Reich, Altrentnergesetz, Wehrmachtsverjüngungsgesetz, Gesetz über religiöse Kindererziehung, Nachtragsetat.

Ausschneiden!

Druckfache
2m die
Samperepediton der "Freiheit"
Berlin 62
Breite Straße 8-9

Der Überfall Sowjetrußlands auf Georgien

Konferenz der Distriktsleitungen der U. S. P. Berlins

Eine Konferenz der Berliner Distriktsleiter mit den Referenten und den Abgeordneten der U. S. P. nahm am Freitag in der Aula Weinmeisterstraße einen Bericht der Vertreter der Georgischen Sozialdemokratischen Partei entgegen. Genosse K r i l l e begrüßte die Georgischen Sozialisten und erinnerte besonders an die Tätigkeit des Genossen Tschidse im zaristischen Rußland. Tschidse hielt eine kurze Ansprache in georgischer Sprache, die ins Deutsche übertragen wurde. Danach führte Genosse Kamischwili folgendes aus:

Der Überfall auf Georgien war die Ausführung eines alten Planes der Moskauer Regierung. Der Zahl nach ist dies der fünfte Überfall der Bolschewisten auf unser Land. Nach viermaliger Niederlage schloßen sie im vorigen Jahre mit uns einen Friedensvertrag und erkannten die Unabhängigkeit der georgischen Republik an. Dieser Friedensvertrag war aber nur eine Fiktion, denn unter dem Schutze des Friedens bereiteten die Bolschewisten den entscheidenden Anschlag gegen uns vor. Im Dezember 1920 wurde dem Kommandeur der russischen 11. Armee, General Heder, von der Moskauer Regierung amtlich der Auftrag erteilt, ein Gutachten über die erforderlichen militärischen Kräfte zur Eroberung Georgiens abzugeben. In seinem Bericht, dessen Kopie sich in unserem Besitz befindet, legte er einen eingehend ausgearbeiteten Operationsplan dar. Dieser wurde von der Moskauer Regierung angenommen. Zur selben Zeit organisierte die russische diplomatische Vertretung in Tiflis, an deren Spitze Herr Scheinmann stand, ein Netz von Spionage und machte von allen Mitteln Gebrauch, um dem bolschewistischen Imperialismus nur einen Vorwand zum militärischen Eingreifen zu liefern.

Am 11. Februar 1921 drangen russische Formationen der ersten Armee von Armenien her in Georgien ein. Herr Scheinmann erklärte uns, dieses Vorgehen sei Sowjet-Rußland völlig unbekannt, und der Überfall wäre eine rein armenische Aktion. Der Geschäftsträger der armenischen Sowjet-Republik im Tiflis erklärte aber kategorisch, daß Armenien an dieser Offensive völlig unbeteiligt sei. Am 15. Februar 1921 übergriffen von Wereldjan her die Grenze Georgiens neue Truppen der 11. russischen Armee. Jedoch dieser von zwei Seiten gegen Tiflis gerichtete Anschlag stieß auf den heldenhaften Widerstand des georgischen Volkes. Das Proletariat von Tiflis stellte sich bei der Verteidigung der Hauptstadt in die ersten Reihen. Alle Angriffe wurden zurückgeschlagen. Nun begann die Kaperung Moskaus gegen uns eine Offensive aus drei verschiedenen Richtungen. Georgien wurde von allen Seiten eingeschlossen. Die kritische Lage verschärfte sich auf das äußerste, weil wir keine genügende Anzahl von Waffen besaßen für die Ausrüstung aller bereit, die bereit waren, für die Freiheit und Unabhängigkeit des Landes sich zu opfern, während zur selben Zeit die Bolschewisten immer neue Regimenter vorrückten, die reichlich mit Kriegsmaterial versehen waren.

Zu dieser Zeit betamen die Bolschewisten Unterstützung von den Kemalisten. Die georgische Republik war nun von fünf Seiten zugleich überfallen, und sie war gezwungen, ihre Kräfte auf eine ungeheure Front zu zerplittern. Daher wurde beschlossen, Tiflis zu räumen, die Truppen aus der Stadt herauszuführen und Batum als militärische Basis zu besetzen. Aber das militärische Vordringen der Kemalisten brach unseren Widerstand. Am 17. März beschloß die Regierung Georgiens, den Kampf einzustellen, die Armee aufzulösen und das Land zu verlassen.

Dies ist kurz der Verlauf der Vorgänge, die an Stelle der von Arbeitern und Bauern aufgebauten demokratischen Republik die Diktatur der Moskauer Bajonette herstellten. Die Bolschewisten begreifen sehr wohl, daß ihre Herrschaft im eroberten Land nur auf Haß beruhen kann. Dieser Umstand veranlaßte Lenin, die 11. russische Armee zu beauftragen, durch eine energische Agitation den menschenwürdigen Einfluß unter der Bevölkerung auszuüben. Lenin ist gezwungen, zuzugeben, daß das georgische Volk dem Bolschewismus ausgesprochen feindlich gegenübersteht. Die sozialdemokratische Partei Georgiens lehnte ein Kompromiß mit Lenin, die ihr Land mit dem Blute der Bauern und Arbeiter getränkt hatten, ab. Eine ebenso schroff ablehnende Hal-

tung nahmen die anderen Parteien Georgiens den Eroberern gegenüber ein.

Zurzeit wird das Land von einer Gruppe bolschewistischer Utopisten beherrscht, die sich „Rat der Volkskommissare“ nennt und sich auf russische Truppen stützt. Diese Gruppe begann ihre Herrschaft mit der Vernichtung der Organe der Selbstverwaltung, die von der georgischen Demokratie auf der Grundlage des allgemeinen Stimmrechts aufgebaut waren: Die Stadiverordnetenversammlungen, die Kreis- und Gemeindevorstände wurden perijogt und ihre Funktionen an von oben eingesezte Beamte übertragen. Gleichzeitig mit der Abschaffung der demokratischen Selbstverwaltung vernichteten die Bolschewisten alle Freiheiten, deren das georgische Volk sich in den letzten drei Jahren erfreut hatte. Auf das strengste wird die Abhaltung von Volksversammlungen untersagt, und nur die von den Bolschewisten selbst einberufenen Versammlungen finden unter der Umzingelung von rotgardistischen Bajonetten statt. Aber in diesen Versammlungen bekommt niemand, außer den amtlichen Rednern der Sowjetbehörden, das Wort. In der Verfolgung der Gewerkschaften übertreffen die Bolschewisten die zaristische Polizei. Sie schafften einfach die gewählten Arbeiterverbände ab und ersetzten sie durch die von oben ernannten Beamten. Die schwersten Repressalien wurden verhängt über die Eisenbahner, die Post- und Telegraphenbeamten und die Hafenarbeiter. Am 26. März wurde der Kriegszustand für den Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Telephonbetrieb, sowie über die Häfen proklamiert. Alle Angestellten, ohne Unterschied des Geschlechts und des Alters, wurden für mobilisiert erklärt. Niemand hat das Recht, keine Stelle zu verlassen. Für den kleinsten Ungehorsam droht das Kriegsrecht und die Todesstrafe. Eine spezielle außerordentliche Kommission (Tschekawtschaka) ist für die politische Aufsicht und Verfolgung der Eisenbahner eingerichtet worden.

So gestaltete sich die Hauptpolitik der bolschewistischen Machthaber in Georgien. Unter dem Vorwand, in dem Lande eine Arbeiter- und Bauerngewalt aufzurichten, lieferten sie Georgien der Ausplünderung und der Vernichtung aus, entzogen den Arbeitern alle Errungenschaften der Revolution und verließen sie in die Lage rechtloser Zuchthäuser. Zertrümmert wurde der Tifliser Arbeiter- rat, der eine ruhmreiche Rolle beim Aufbau und bei der Verteidigung der georgischen Republik gespielt hatte. Sein Lokal, das Volkshaus von Subaloff, ist beschlagnahmt und der 11. bolschewistischen Armee zur Verfügung gestellt worden. Diese Armee herrscht unumschränkt. Sie besetzt alle großen Städte und die Eisenbahnstationen. Die bolschewistischen Truppen ließen sich wie Heuschreckenschwärme auf Georgien nieder. Alles, was man aus dem Lande ausführen konnte, haben sie ohne jegliche Entschädigung an sich gerissen und nach Zentralrußland gebracht. Die Eisenbahnwagen und die Lokomotiven hat man nach Rußland abgeschickt, 80 Wagen der Strassenbahn wurden aus Tiflis, unbekannt wohin, herausgeführt. In Sü-Georgien wurde das Vieh der Bauern enteignet und vertrieben.

Alle diese Maßregeln der neuen Regierung riefen eine ungeheure Erregung im Volke hervor. Die Bauern hofattieren die Agenten der bolschewistischen Regierung und weigern sich, ihnen ihre Erzeugnisse zu verkaufen. Brot, Gemüse, Milchprodukte sind vom Markt verschwunden. In den Städten herrscht Hungersnot, die Preise für die Gegenstände des alltäglichen Bedarfs erreichen eine phantastische Höhe. Das wirtschaftliche Leben Georgiens ist erdrosselt. Infolge der „Nationalisierung“ haben viele Industrie-Betriebe die Arbeit eingestellt. Andere müssen in der aller-nächsten Zeit schließen, da die Arbeiter infolge der Hungersnot die Städte verlassen. Für die georgische Landwirtschaft war die bolschewistische Gewalt Herrschaft von katastrophalen Folgen begleitet. Die Bauern, durch die willkürlichen Requirierungen ver- schüchtert, ziehen es vor, weder Land noch Weinbau zu kultivieren. Die Kulturlände, deren Erweiterung der georgischen Demokratie unter großen Anstrengungen gelang, geht verhängnisvoll zurück. Das Gelpetit der Hungersnot bedroht somit auch die georgische Bauernschaft.

Gegen die zunehmende Unzufriedenheit des Volkes kämpfen die Bolschewisten mit ihren gebräuchlichen Gewaltmethoden. Ein ganzes Netz außerordentlicher Kommissionen bedeckt Georgien. An ihrer Spitze stehen Personen, die durch ihre Grausamkeit in Odessa und Wladikawkas bekannt wurden. Arbeiter und Bauern werden zu Tausenden verhaftet. Schon haben in Tiflis Massen- erschießungen stattgefunden.

Aber die Gewalt der Bajonette vermag den Geist eines Volkes, das dem Ideale des Sozialismus treu ist, nicht zu brechen. Geor- gien, das so viel Energie im Kampfe gegen das zaristische Joch aufzubringen vermochte, wird mit noch größerer Entschlossenheit

gegen seinen neuen Unterdrücker kämpfen. Eine Versammlung unserer Partei am 10. April in Tiflis nahm eine Resolution an, in der verlangt wird, daß den westlichen Mächten Georgiens die Möglichkeit zu geben ist, ihren Willen durch eine freie Abstimmung zum Ausdruck zu bringen, unter der Kontrolle einer internationalen gemischten Kommission, die aus Vertretern der kommunistischen und sozialistischen Parteien Westeuropas zusammengelezt sein soll. Wir erwarten von Euch die Unterstützung dieser Forderung. Erhebt Eure Stimme und verlangt zusammen mit uns, zusammen mit dem ganzen Volk Georgiens, von der Moskauer Regierung: Daß sie ihre Truppen aus Georgien ab- zöhen, daß sie dem georgischen Volke die Möglichkeit gibt, frei und selbständig über seine Geschicke zu entscheiden!

Nach der Beantwortung einiger Fragen brachte Genosse K r i l l e zum Schluß zum Ausdruck, daß wir zwar noch nicht prak- tisch die bolschewistische Unterdrückungspolitik verspürt hätten, aber schon ihre Theorien hätten unsere Abneigung hervor- gerufen und unsere Stellung zu Moskau bedingt. Er stellte fest, daß die Versammlung einmütig den Standpunkt der Georgischen Sozial- demokratie vertritt, von der Moskauer Re- gierung zu verlangen, ihre Truppen sofort aus Georgien zurückzuführen. Mit der Befrei- gung wärmster Anteilnahme gegenüber dem Proletariat Georgiens (Beifall) wurde die Konferenz geschlossen.

Preussischer Staatsrat Das Kommunalabgabengesetz

Der Staatsrat nahm in seiner Freitagssitzung die Geschäfts- ordnung nach den Vorschlägen der Kommission mit einigen Ab- änderungen an. Dann gab er seine Zustimmung zu der Ab- änderung der Verordnung, die ein vereinfachtes Ent- eignungsverfahren anstrebt. Dann trat der Staatsrat in die Beratung des Gesetzesentwurfs zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes ein. Der Ausschuß, der die Regierungsvorlage vorbereitet hat, hat in manchen Punkten über die Vorschläge der Regierung hinaus Änderungen des Kommunalabgabengesetzes verlangt. Im wesentlichen enthält die Vorlage jetzt eine Erweiterung der Rechte der Ge- meinden bei der Erhebung von Gebühren, die Heranziehung von Unternehmern zu den Kosten von Kleinwohnungen, die Mög- lichkeit zur Abänderung von langfristigen Verträgen, um sie den wirtschaftlichen Verhältnissen der Zeit anzupassen; weiter das Recht der Gemeinden zur Einziehung von Zinsen, von Steuerrückständen im Betrage von über 300 M., sowie größere Bewegungsfreiheit in der Erhebung der Gewerbesteuer in ihren verschiedenen Formen, dagegen eine nur sehr beschränkte Möglichkeit der Erhebung von Wohnungs- und Luxussteuern.

Der Ausschuß hat weiter einige Entschärfungen vorgelegt, in denen die Beitragspflicht der Feuerversicherungs- gesellschaften zu den Gemeindeforderungen geordnet wird, des- gleichen eine größere Freigabe der Besteuerung des Bieres und sonstiger Getränke, die Besteuerung privater Gas- und Elektrizitätslieferung, sowie die Möglichkeit der Heran- ziehung der Eisenbahnbetriebe zu den Ge- meindeforderungen. Ueber die beiden ersten Entschärfungen gab es lebhaftes Auseinandergehen. Von der S. P. D. war bean- tragt, bezüglich der Bierbesteuerung nur einen größeren Anteil der Gemeinden an der Reichsteuer zu verlangen und die Feuer- versicherung dem privaten Kapital überhaupt zu entziehen, also zu kommunalisieren. Die Bürgerlichen wandten sich gegen diese Anträge, und auch ein Regierungsvertreter hatte gegen die Kommunalisierung der Feuerversicherung jämere Bedenken. Eberle von der S. P. D. vertrat den Standpunkt seiner Fraktion, der im Auftrag der U. S. P. D.-Fraktion vom Genossen Borten, Düsseldorf, unterstützt wurde. Der Redner unserer Fraktion betonte, daß der vorliegende Entwurf nur ein Not- gesetz darstelle, durch das den Gemeinden, die ebenso wie Reich und Staat infolge des Krieges in große finanzielle Schwierigkeiten gekommen sind, im Augenblick einige Er- leichterungen verschafft werden. In Anbetracht dieses Not- charakters der Vorlage verzichte die Fraktion auf Einspruch im einzelnen, müsse aber darauf hinweisen, daß das Reich durch Ver- zögerung des Kommunalgesetzes die Kollage der Gemein-

Saison-Ausverkauf

Waschstoffe

Bedruckte Schleier- stoffe Meter 9.75
Dirndl-Trachtenstoff 12.50
Schweizer Batist farbig, 115 cm . Meter 14.50
Bedruckt Foulardine 115 cm Meter 15.-
Tennisflanell 73-75 cm . Meter 8.25

Herren-Wäsche

Taghemd Handentuch . 48.-
Sporthemd gestreift Zephir mit Schillerkragen . . 63.-
Nachthemd 75.-
Sportkragen weiß . . . 2.90
Strohhut für Herren, Matelotform 14.50

Herren-Kleidung

Lüster-Jackett mit Armlifutter blau . 146.- schwarz 98.-
Sommer-Jackett modelfarbig gestreift . 79.-
Jagd-Joppe aus grünem Waschstoff 97.-
Loden-Mantel . . . 240.-
Blauer Sakko-Anzug Reinwolle 1.- u. 2.-ruhig 875.-

Kleiderstoffe

Ein Person:
Rock- u. Kostümstoffe 130 cm statt 58.- bis 75.- für 39.-
Reinwoll-Cheviots marine und farbig, doppeltbreit Mtr. 27.50

Reste und Abschnitte

von wollenen Blumen-, Kleider- und Rockstoffen

Hauswäsche

Küchenhandtuch Gerstenkorn m. roter Kante 47x100 cm . 7.45
Stubenhandtuch Gerstenkorn mit Atlaskante 48x100 cm . 9.75
Wischtuch weiß-rot kariert 5.90
Staubtuch creme mit roter Kante 1.95

Wirkwaren

Damen-Strümpfe Baumwolle, schwarz, m. Doppelsehnen 8.75
Kinder-Söckchen farbig mit Wellrand Größe 6.90 Größe 7.90 3-6 7-10
Kinder-Strand-Sweater m. Ausschnitt, Gr. 40-50 16.75
Kinder-Badeanzüge marine oder rot, Mittelgröße 19.50

Weitere große Preis-Ermäßigungen

Damen-Wäsche

Taghemd mit Stickerei-Einsatz u. Ansatz statt 33.- für 25.-
Taghemd mit Stickerei-garnierung statt 40.- für 29.-
Untertaille mit Stickerei-Einsatz und Ansatz statt 22.50 für 16.50
Frottier-Bademantel für Damen u. Herren . . 190.-

Damen-Kleidung

Bluse bestickt Batist, weiß oder farbig 13.50
Seidene Bluse weiß oder farbig 69.-
Rock weiß Frotté mit römisch. Streifen 98.-
Kleid aus bedrucktem Voile, vorzügliche Qualität . . 95.-
Damen-Sportjacke Kunstseide in mod. Farben 245.-

Lederwaren * Koffer * Reise-Artikel

Aktenmappe schwarz Spalt-Rindleder m. Griff u. 2 Schlöss. 68.-
Reisetasche braun Segelleinen mit Stoff gefüttert, Aufspannbügel, Bügellänge 45 cm . . . 98.-
Reisetasche Voll-Rindleder mit Aufspannbügel, Bügellänge 50 cm 328.-
Kuppekoffer kräftige Hartplatte mit Schutzecken und Metall-Ein- fassung, 60 cm 78.-
Kabinenkoffer mit Stoffbezug, an den Kanten mit Blechbeschlag, 80 cm . . . 285.-
Rucksäcke mit Lederträgern für Damen u. Herren 39.75

Gardinen

Gardinen-Mull weiß 17.25 gestreift 125 cm breit Mtr. dunkler
Madrasstoff Grund Mtr. 37.-
Halbvorhang Erbstall mit gewebtem Fris . . 58.-
Tüll-Garnitur weiß, gestickt, 2 Flügel 74.- und ein Querbehang . . .
Reste und Abschnitte von Gardinen für 1 und 2 Fenster passend.

Bettstellen

Eisenbettstelle weiß lackiert, mit Matratze 80x185 cm 189.-
Federkissen grau-rotos 72.50 Inlet 80x80 cm
Oberbett grau-rotos Inlet mit Federfüllung 225.- 125x200 cm
Diwanbett Bezug 298.-

Eisschränke

Eisschrank Nr. 1. Hell lackiert, mit kräftiger Zinkblech- lage 95x50x52 cm 450.- ermäßigter Preis
Eisschrank Nr. 100. Hell lackiert, mit starker Glasblech- lage 81x48x44 cm 600.- ermäßigter Preis

den noch vergrößere. Weiter verlangte unser Redner eine gründliche Reichsfinanzreform, in der den Gemeinden eine sichere Grundlage ihres Anteiles an den Reichsteuern gegeben werden müsse, um die Etats der Gemeinden einigermaßen fundieren zu können.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag der S. P. D. auf Kommunalisierung der Feuerversicherung gegen die Linke abgelehnt, dagegen die Fassung, die die S. P. D. für die Biersteuer vorgeschlagen hatte, mit einigen bürgerlichen Stimmen angenommen. Ferner wurde angenommen eine Resolution der Rechten mit allen bürgerlichen Stimmen, die eine Heranziehung der Eisenbahnen zur Gewerbesteuer verlangt. Trotz des dringenden Abtraten des Regierungsvertreters stimmten die Bürgerlichen geschlossen für diese Resolution, die von der Linken abgelehnt wurde. Der Staatsrat setzte dann den nach der Geschäftsordnung vorgesehenen Ausschuss ein und vertagte sich auf Sonnabend.

In seiner Sonnabendlich verabschiedete der preussische Staatsrat eine Reihe von Gesetzentwürfen zustimmend. Eine Regierungsvorlage sieht für die Mitglieder ein Sitzungsgeld von 150 Mark vor; bei Mitgliedern des Reichstags werden die Reichstagsbezüge angerechnet. Der Hauptausschuss des Staatsrats forderte für die Mitglieder freie Fahrt, während die Regierungsvorlage nur Reisekosten-Erstattung vorsieht. Die Ausschussbeschlüsse wurden einstimmig angenommen. In einer weiteren Entscheidung wurde der oberste bürgerliche Beirat der Reichsregierung die wärmste Teilnahme ausgesprochen und die Regierung zu einer schlüssigen und eingehenden Darstellung der Ereignisse aufgefordert. Sodann trat Vertagung ein. Die nächste Sitzung ist für Mitte September in Aussicht genommen.

Die Frucht der Radaupolitik

Der Geschäftsausschuss des Landtages nahm den Beschluß des Unterausschusses über die Neufeststellung der Ordnungsbestimmungen ohne wesentliche Änderung an. Der Vorschlag des Unterausschusses lautet:

1. Verleiht ein Abgeordneter in grober Weise die Ordnung, so ist der Präsident berechtigt, ihn von der weiteren Teilnahme an der Sitzung auszuschließen. Der Abgeordnete hat auf Anforderung des Präsidenten den Sitzungsstuhl zu verlassen.
2. Leistet der Abgeordnete der Anforderung des Präsidenten, den Saal zu verlassen, keine Folge, so wird die Sitzung unterbrochen. In diesem Fall zieht sich der Abgeordnete ohne weiteres den Ausschluß für die folgenden acht Sitzungstage zu. Der Präsident stellt dies bei Beginn der nächsten Sitzung fest.
3. In besonders schweren Fällen kann der Missetat den Abgeordneten durch einen mit Dreiviertelmehrheit gefassten Beschluß von der Teilnahme an höchstens 15 Sitzungstagen des Landtages ausschließen. Die Entscheidung des Missetates ist in der nächsten Sitzung zu verkünden.
4. Ein Abgeordneter darf während der Dauer der Ausschließung auch an Ausschüßungen nicht teilnehmen. — Die Frage, ob dem Abgeordneten die Diäten entzogen werden sollen, wird einer Änderung des Diätengesetzes vorbehalten bleiben müssen.

In der vorausgehenden Aussprache wies Abg. Kah (Komm.) die Neuregelung als Ausnahmegegensatz gegen die Kommunisten zurück. Die Kommunisten würden das Volk darüber aufklären, daß die anderen Parteien mit Einschluß der S. P. D. danach streben, im Parlament Blutvergießen herbeizuführen. Die Kommunisten würden gar nicht daran denken, das Haus zu verlassen; sie erwarteten, daß dann der sozialdemokratische Präsident die grünen Schergen herbeirufen werde. — Abg. Meier-Berlin (L.S.) bemerkte, diese Ordnungsbestimmungen würden nichts nützen. Für die Neuregelung stimmten die Rechtssozialisten und alle bürgerlichen Parteien. Damit war die dritte Lesung der neuen Bestimmungen über die Geschäftsordnung beendet. Die endgültige Entscheidung steigt nunmehr beim Plenum des Landtages. Es ist kaum zu erwarten, daß dieses einen wesentlich anderen Beschluß fassen wird.

Änderung der Invalidenversicherung

Der Gesetzentwurf zur Änderung der Invalidenversicherung, über den wir in der Morgenausgabe berichteten, steht gegenwärtig im Ausschuss des Reichstages zur Beratung. Den Beratungen des Ausschusses am 30. Juni lag ein Antrag der sozialistischen Parteien auf Neueinteilung der Lohnklassen zugrunde. Abweichend von der Regierungsvorlage, die mit 8000 M. Einkommen abschließt, wurde in dem Antrag als Anfangseinkommen für die höchste Lohnklasse 15 000 M. genommen. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien wandten sich gegen die beantragte oberste Lohnklasse und es war unsicher zu erkennen, daß man den Unternehmern die finanzielle Belastung ersparen will. Die bürgerlichen Abgeordneten äußerten Bedenken, die Beitragsreform überhaupt noch vor den Sommerferien zu verabschieden. Hoch (SPD.) legte dar, daß die Finanzlage der Landesversicherungsanstalten eine sofortige Beitragserhöhung erheische. Der Reichsarbeitsminister Brauns empfahl, sich im Rahmen der Regierungsvorlage ohne jede grundsätzliche Änderung auf Beitragserhöhungen zu beschränken. Genosse Karsten erklärte für die U.S.P., daß die beantragte Beitragserhöhung im Interesse der Invaliden verantwortet werden müsse, vorausgesetzt, daß die vier- bis fünffache Steigerung der Beiträge mit einer wesentlichen Steigerung der Leistungen verbunden werde. Es sei auch unhaltbar, den vor 15 Jahren mit 50 M. festgelegten Reichsausschuss unverändert weiterbestehen zu lassen. Eine Entspannung der Schwierigkeiten sei auch nur

denkbar, wenn das bisherige Kapitaldeckungsprinzip der Verlustungsprinzip abgelöst werde. Ohne Verbesserungen müßte es die U.S.P. ablehnen, höhere Beiträge zu schließen. Die Beschränkung der Witwenrenten auf halbbaldige Witwen muß fallen. Gegen diesen letzten Antrag wandte sich besonders der christliche Arbeitervertreter Andree. Er stellte sich im übrigen auf den Standpunkt, daß durch die Sozialversicherung allein die Not der Rentner nicht geboben werden könne. Die Arbeiter hätten die Pflicht, auch selbst für sich zu sorgen. Wie das bei den heutigen Lebensverhältnissen gemacht werden soll, hat Herr Andree nicht verraten. Aber so sind diese Herren.

Die Erschießung Gefangener Der Kriegsverbrecherprozess in Leipzig

Am 4. Verhandlungstag wird in der Beweisaufnahme zunächst der inzwischen eingetroffene Dr. Alfred Wenger aus Dorndorf im Einsatz vernommen, der im August 1914 Regimentsarzt im Infanterieregiment 112 war. Er befand, daß dem Nachmittagsgefecht vom 26. August habe es viele Verwundete gegeben. Es seien auch zwei verwundete Franzosen zu ihm gebracht worden, die ihn fragten, ob er sie nicht erschießen wolle. Er, Zeuge, habe erwidert: „Was fällt euch ein, ihr steht doch unter dem Schutze des roten Kreuzes.“ Gegen 6 Uhr wurde der Zeuge zum General Stenger gerufen, der ihm empfahl, die Verwundeten weiter zurückbringen zu lassen, damit die Rückzugstrahlen frei würden. Später ist dem Zeugen aufgefallen, daß die beiden verwundeten Franzosen fehlten. Auf seine Frage sei ihm geantwortet worden:

Major Crustus habe sie erschießen lassen.

Als am andern Morgen Crustus sich bei ihm krank meldete, habe er ihm sein Vorgehen am Tage vorher vorgehalten. Crustus habe darauf erklärt, er habe nicht anders gekonnt, er habe einen Nervenzollaps gehabt. Ein Unteroffizier hat dem Zeugen dann gesagt, daß die Erschießung der Verwundeten auf einen Befehl hin erfolgt sei, der gelaunt habe: Heute werden keine Gefangenen gemacht.

Der Angeklagte Crustus behauptet, Dr. Wenger überhaupt nicht zu kennen, was diesen zu heftigen Bemerkungen veranlaßt. Der Zeuge kann sich nicht daran erinnern, daß der Angeklagte Crustus sich damals auf einen Befehl Stengers berufen hat.

Der Sachverständige, Geheimrat Professor Dr. Anton, Halle a. S., der hierauf sich ausführlich äußert, hat den Angeklagten Crustus im Kriege wiederholt untersucht, und zwar zu einer Zeit, in der von der heutigen Angelegenheit keine Rede war. Dem Angeklagten lag es schwer auf der Seele, daß er infolge eines angeblich erhaltenen Befehls Gefangene habe erschießen lassen müssen. Auf das Verhalten des Angeklagten an der Front übergehend, glaubt der Sachverständige bestimmt behaupten zu können, daß sich Crustus, der Alkoholintolerant sei, am 26. August in einem Zustande befand, der die geistige Zurechnungs-fähigkeit ausschließt. Jam mindestens war Crustus in seinem Kerkerleben schon damals erschüttert.

Alkohol, Affekt, Strapazen usw. boten dazu die Veranlassung.

Senatspräsident Dr. Schmidt betont, daß Major Müller, der geistig durchaus gesund war, den angeblichen Befehl eben so verstanden hat, wie der Angeklagte Crustus. Es sei also nicht erklärlich, weshalb sich gerade Crustus infolge anormalen Geisteszustandes geirrt haben sollte.

Der Zeuge Schmied Jakob Braun aus Heidelberg, der bei der 1. Kompanie des Infanterieregiments 112 stand, sagt aus, er habe erfahren, daß bei der 8. Kompanie Gefangene erschossen worden sind.

Landwirt Brenneisen aus Springen in Baden ist in französische Gefangenschaft geraten. Dort ist ihm sein Tagebuch, in welches er von dem angeblichen Brigadeführer etwas erzählt, im Sommer 1915 abgenommen worden. Der Zeuge hat den angeblichen Befehl durch Kameraden erfahren.

Fahrradhändler Kaupp aus Badisch-Rheinfelden, der Unteroffizier der 1. Kompanie des Infanterieregiments 112 war, befand: Beim Vorbeiziehen an einer Kapelle in der Nähe des Exerzierplatzes bei Saarburg sei aus der Kapelle gerufen worden: „Nicht schießen.“ Kurz darauf fielen aus der Kapelle Schüsse. Diese wurde daraufhin gestürzt, und man könne sich denken,

was mit der Belagerung geschehen sei.

Am nächsten Tage, dem 21. August, habe er von dem angeblichen Brigadeführer gehört, daß keine Gefangene gemacht werden sollten, weil unsere Leute hinterläßt beschossen worden waren. Ein am Boden liegender Franzose habe die Hand hochgehoben und gerufen, er habe zu Hause drei Kinder. Dieser Mann sei zurückgeführt worden. Ein anderer verwundeter Franzose sei dann aber von einem Reservisten niedergeschossen worden. Der Zeuge weiß nicht bestimmt, von wem der Befehl, die Gefangenen zu erschießen, gekommen ist. Der Befehl sei ihm zugerufen, von ihm aber nicht weitergegeben worden, weil er Nimmst erregte. Als Gruppenführer habe er seinen Leuten gesagt, daß verwundete Feinde, wenn diese nicht gerade beim Schießen getroffen würden, nicht erschossen werden sollten, da sie auch Menschen seien und Angehörige zu Hause hätten.

Der Präsident bedauert, daß andere Soldaten nicht auch so vernünftig gehandelt hätten.

Der von den Franzosen benannte Zeuge Dr. Delonge, der Stabsarzt der Reserve war, will am 21. August gesehen haben, wie ein Unteroffizier einen Verwundeten erschoss. Auf seine Frage habe der Unteroffizier gesagt, es sei Brigadeführer. Der Zeuge will vom Hauptmann Peterson gehört haben, daß ein Brigadeführer be-

hände, was dieser energisch bestrittet. Dienstlich hat Dr. Delonge von einem solchen Befehl aber keine Kenntnis. Dr. Müller aus Rülhausen im Elsaß, ebenfalls ein französischer Zeuge, sah beim Vormarsch am 21. August einen verwundeten Franzosen, der um Hilfe bat. Dieser sei dann erschossen worden.

Mehrere Zeugen, die in französische Gefangenschaft geraten waren, bestätigen, daß deutsche Gefangene erst ausgeplündert und dann erschossen wurden.

Beck aus Würzburg hat am 26. August den Befehl des Hauptmanns Crustus gehört, es würden keine Gefangene gemacht, weil keine Major Müller einem Soldaten Er hat mehrere Male gehört, wie Major Müller einem Soldaten den Befehl gegeben habe Verwundete zu erschießen. Der Zeuge hat die Schüsse gehört. Am Abend des 26. August wurde er gefangen genommen und in Clermont-Ferrand wieder unter Bedrohung mit Gefangenen vernommen. Er habe damals gesagt, Crustus habe den Befehl zum Erschießen von Gefangenen gegeben. Auf Verfragen gibt der Zeuge an, er habe nicht gesehen, daß Crustus Gefangene erschossen habe.

Oberst Helfrich aus Lübeck war Generalstabsoffizier bei der Division. Er habe jederzeit sofort im Auftrage der Division feststellen lassen, daß an dem angeblichen Befehl des Generalstabs nichts Wahres sei. Der Zeuge erklärt auf Befragen, er würde einen solchen Befehl, wenn er vor Beginn des schweren Waldgefechtes gegeben worden wäre, für berechtigt gehalten haben, da die Truppe sich eventuell nur so hätte aufrechterhalten können. In einer solchen geläufigen Lage müsse der Führer ohne Rücksicht auf völlerrechtliche Vorschriften handeln, um den Pflichten der Notwehr zu genügen.

Landwirt Emil Bigott aus Baden hat gesehen, daß Major Müller durch einen Soldaten einen Verwundeten hat erschießen lassen.

Schäumann Fritz Döhninger aus Forstheim befand, daß auf Befehl des Hauptmanns Crustus drei Gefangene hinter einer Mauer erschossen worden seien.

Der Zeuge Fritz Grech aus Weingarten bei Durlach, Bursche des Hauptmanns Crustus, hat am Morgen des 21. August gesehen, daß verwundete Franzosen von hinten auf den Brigadeführer geschossen. Es sei dann durch die Schützenlinie durchgelassen worden, die Verwundeten, die geschossen hätten, sollten erschossen werden. Am 26. August habe Crustus den Befehl gegeben, keine Gefangenen zu machen und keinen Parolen zu geben.

Eisenbahnbeamter Paul Edgagen aus Breslau war Kompaniefeldwebel. Er hat von dem französischen Zeugen Kleinhaus als unwahr. Dieser bleibt dabei, daß Edgagen ein Blatt Papier hervorgezogen und den Befehl verlesen habe.

Der Sachverständige Dr. Döhner gibt sein Gutachten dahin ab, daß Crustus sowohl am 21. August als am 26. August der freien Willensbestimmung im Sinne des § 51 beraubt war.

Die Weiterverhandlung wird schließlich auf Montag vormittag verlagert.

Was kostet der Reichstag?

Nach dem neuesten Statentwurf kostet der Reichstag insgesamt 29 Millionen. Hieron entfallen allein auf die Druckkosten 4 Millionen, auf die Diäten 8 1/2 Millionen und auf die Reisefahrtkosten, bei denen allerdings nur eine rechnerische Konstatierung vorgenommen worden ist, 0 1/2 Millionen. Die Regierung hat berechnet, daß im Durchschnitt jedes Reichstagsmitglied jährlich 24 000 Kilometer auf den Eisenbahnen zurücklegt. Da ein Kilometer von 54 Pf. im April und Mai 1921 und von 58,5 Pf. in den übrigen zehn Monaten in Ansatz kommt, ergibt sich pro Kopf 13 860 M.

Bei der Beratung im Ausschuss wurde mitgeteilt, daß jede kleine Anfrage an Druckkosten nicht weniger als 400 M. kostet. Bisher sind fast 1000 kleine Anfragen gestellt, nämlich Kosten von 400 000 M. entstanden. Bei der Beratung dieses Etats wies Genosse Wurm auf die Beschwerden der Reinigungsfrauen hin, die darüber klagten, daß sie die Arbeit für erkrankte Frauen mit besorgen müssen. Der Vorstand wird diesen Mißstand beseitigen.

Die Fernspreckgebühren. Im Reichstagsausschuss wurde am Donnerstag der Entwurf eines Fernspreckgebührengesetzes beraten, der an die Stelle der bisherigen Pauschalgebühren Einzelgesprächsgebühren legt. Daneben wird eine nach der Größe der Gesprächsnehe gestaffelte Grundgebühr und für neu einzurichtende Anschlüsse eine Einrichtungsgebühr festgesetzt. Durch Abstimmung erhalten die Paragraphe über die Bestimmungen über Preisgespräche folgende Fassung: „Dringende Preisgespräche werden nach näher festzulegenden Gebühren, die den übrigen Verkehr herabsetzenden, zu einfachen Gebühren zugelassen.“ Der Entwurf wird in den nächsten Tagen auf die Tagesordnung des Plenums gelangen.

Freue im Leue!

Die Oberkiesler in Glad und Aol
erwaric von jedem Deutichen Hilfe!

Oberkieslerhilfswert * Dr. Hildebrandt
Berlin 112500



Stiller

FÜR DIE REISE

| | |
|--|--|
| <p>Damen - Leinenschuhe weih. mit Spangon u. zum Schließen, harte Straßensohle, Lederabfah, sehr mod. Form, Kufberg, billig. 48 50</p> <p>Damen - Leinenschuhe weih. mit Spangon u. zum Schließen, mod. Form, mit weih. Überzügen, Abfah, Kufberg, preisw. 72 50</p> <p>Damen - Leinenschuhe prima weih. mit harter Sohle, Spange oder zum Schließen, Lederabfah, sehr preiswert 78 50</p> <p>Damen - Spangenschuhe in Vogelfuß und str. und, Lederabfah, weih. auch in Samt mit * Abfah, Kufberg, preiswert 98 50</p> | <p>Damen - Halbshuhe aus Rind, Hoch-Choceau, Vorderfuß, silberer Strahlenquid, Geni, besonders preisw., Angeda 128 50</p> <p>Damen - Halbshuhe i. Schnür, Spange, schwarz, Vogelfuß, moderne Form, elegante Abfah, Extra billig 135 00</p> <p>Damen - Halbshuhe braun u. schwarz, Ober- u. Vogelfuß, e. in Form, teilw. echt rahmenverm., z. T. l. beschd., Velond, billig 148 50</p> <p>Damen - Halbshuhe mit Leder, Stieg auf h. Spann, braun, grau, schwarz, Choceau, braun, Vogelfuß u. Led., sehr billig 185 00</p> |
| <p>Herren - Halbshuhe braun und schwarz, mod. Form, Vorderfuß, mod. Form, Vorderfuß, Kufberg, preisw., preisw. 195 00</p> <p>Herren - Schnürstiefel braun, mit Vorderfuß, moderner Form, echt rahmenverm., Kufberg, billig 225 00</p> <p>Herren - Schnürstiefel braun, und Rindbock, sehr moderne Form, mit Vorderfuß, prima Qualität, Extra billig 245 00</p> <p>Herren - Schnürstiefel braun, mit einfachen und Doppelsohlen, prima Qualität, besonders preiswert 285 00</p> | <p>Kinder - Schnürstiefel schwarz, in sehr dauerhafter Ausführung, sehr preiswert, Dr. 21 35 78 50 68 50</p> <p>Kinder - Schnürstiefel echt Choceau, in eleganter Ausführung, preisw., Dr. 20/26 85 50 76 50</p> <p>Kinder - Halbshuhe i. Schnür, bereits Form, m. u. ohne Led., tappe, Dr. 20/26 88 50 78 50</p> <p>Knaben - Schnürstiefel braun, bog, mod. fr. Form, Vorderfuß, harte Straßensohle, Größe 26-32, sehr billig 195 00</p> |

Groß-Berlin

Im Sorauer Wald

Die nachfolgende hübsche Wanderbeschreibung von A. Horvitz-Spreenberg entnehmen wir dem „Wanderfreund“, Monatschrift des Arbeiter-Wanderbundes „Naturfreunde“, Heft d. „Freiheit“.

Eine der schönsten Wanderungen in der Niederlausitz ist die Fahrt durch den Sorauer Wald. Am südöstlichen Zipfel der Mark Brandenburg, an der schlesischen Grenze gelegen, ist dieser schöne Flecken Erde, ein Stück Natursehenspark, ein Wandergebiet, welches die ganz besondere Beachtung unserer Wandergegnossen verdient.

Im Morgengrauen verlassen wir das alte Tuchmacherstädtchen Sorau und das anschließende Seifersdorf. Im Osten beginnt es licht zu werden. Wir schreiten den Feldweg entlang, dem Walde entgegen. Der Glutball der aufgehenden Sonne durchdringt das dicke Blätterdach des Nischwaldes. Der köstliche Morgengrug ertönt von den Zweigen und aus dem Unterholz. Eichen und Buchen und Eichen erwachen beim leisen Morgenwind im Edelsteingewand der tausend kleinen Tauperlen.

Wer ist da wohl unter uns, dessen Herz totbleiben würde bei all dem frischen Schaffen, dem ewigen Leben der Natur? Die alten knorrigen Eichenstämme, sie werden jung, sie zeigen uns immer neue Kraft, und die munteren Böglein locken uns mit ihrem Gesang auf enge Pfade und durch dichtes Unterholz, treiben uns vorwärts, immer vorwärts.

„Vorwärts!“ hallt's in unseren Herzen wider. Und selbst die dunklen Tannen, die uns halten möchten, von Märchen und Träumen uns erzählen wollen, sie können es nicht, können nicht den Sonnenstrahlen widerstehen und schämen sich bald, daß sie den neuen Tag verträumen wollten. Sie halten uns auch nicht. Wir haben der Sonne ins Auge gesehen, sie ist unser Ziel geworden, ihr nach zur Höhe. Wir wandern gar stille Wege; heiliges Rauschen der Bäume über uns. Ein Lied erklingt; der leise Morgenwind trägt es weiter, und wir folgen nach. Ueber Hügel, durch stille Schluchten, wieder hinab, wieder hinaus.

Nun schauen wir vom Aussichtsturm über das weite Blätter- und Nadelmeer. Ueber uns nur die Sonne. Wer hier den Sommer tag gesehen, Freunde, Brüder, der weiß, was Freiheit ist. — Heiliges Leben des Waldes.

Leben ringsum, Leben des Ganzen. Ja, du lieber Wald, du zeigst uns hier wieder, wie jeder als ein Glied des Ganzen leben kann und muß, und wie dann über allen die Sonne steht. Hier lernt, Brüder, hier steht ihr eine Nacht, die kein Sturmwind brechen wird. Und wollt ihr dann wissen, wie ihr diese Nacht werdet, dann fragt den Wald, fragt die einzelnen Bäume. Sie werden euch sagen, daß ihr fest zusammenstehen müßt, wenn auch Sturm und Unbill euch drohen. Niemals den Mut verlieren, den Kampf nicht aufgeben, dann werdet auch ihr Menschenkinder einen Platz an der Sonne bekommen.

Wir sind hungrig geworden bei unserer Unterhaltung. Auf dem grünen Moosteppich lassen wir uns nieder. Wir wollten heute noch recht weit, aber wir haben zu gute Freundschaft geschlossen mit dem lieben Wald. So plaudern wir weiter von unserem Schaffen, unseren Zielen, und er ist uns ein erfahrener Berater. Wir sagten ihm, daß wir am liebsten bei ihm bleiben wollten. Doch da schüttelt er spöttelnd sein Haupt und nannte uns feige Gesellen, die sich nicht an ihrer Stätte den Platz an der Sonne holen wollten, die bei ihm warten wollten, bis andere es für uns getan. Wir ließen uns auch von ihm belehren, da er uns sagte, wir sollten wiederkommen zu ihm, dem alten erfahrenen Kämpfer, um von ihm zu lernen, wenn wir einmal einen Rat in unserem Kampf brauchten.

Lange hatte uns diese Unterhaltung in Anspruch genommen, und der Tag ging bereits dem Ende zu. So ging es wieder heimwärts. Schwer wird uns das Scheiden, schwer wie von jeder lieben Stätte, doch wir gedenken der Worte des Waldes. Ein Schleier beginnt zu steigen, als er rote Glutball im Westen verschwunden war. Gespenster- und totengleich starren uns die Fabriken des Städtchens wieder entgegen. Sie zu neuem Leben zu erwecken, gilt unser Kampf. Wir wollen und werden ihn führen; haben ja heut vom Walde gelernt!

Ein Lied noch zurück zu ihm als Besprechen, wiederzukommen, das wir mit dem Wunsch im Herzen ihm geben, schon den gleichen Platz an der Sonne zu haben wie er.

Die Hohenzollern und die Postüberwachungsstelle

Auch Hohenzollern haben sich an Kapitalverschiebungen beteiligt, siehe die Affäre Gruber und den Prozeß des famosen Paradeprinzen Eitel Friedrich, Hofmeister des Johanniterordens. Natürlich muß eine republikanische Behörde diesen Leuten noch Vorbehalt leisten. Die Vorschriften der Postüberwachungsstelle, die die Aufgabe hat, Kapitalverschiebungen zu verhindern, besagen u. a.:

„Nicht zu prüfen sind Briefe von und an regierende und ehemalige regierende Häuser und deren Angehörige. Briefe an das Personal solcher Stellen unterliegen ebenfalls nicht der Prüfung, soweit kein Verdacht des Mißbrauchs besteht. Briefe an hervorragende Persönlichkeiten des Inlands zwecklos zu öffnen, ist unzulässig.“

Ein glatter Freidrief zur Kapitalshinterziehung für alle Fürsten und Fürstlein a. D. Nach der herrschenden Auffassung kann man als hervorragende Persönlichkeiten Rapp und Lubendorf ansehen! Was sagt Herr Wirth zu diesem Byzantinismus? Seinem Ministerium untersteht diese Stelle!

Wenn dagegen der verdammte Proletariat, der freigewerkschaftlich organisierte Angestellte der Postüberwachungsstelle gegen seine Leitung und den reaktionären Betriebsrat aufmuckt und erklärt, daß tarif- und verfassungswidrige Prüfungen bestehen

und daß Löhne weit unter dem Existenzminimum gezahlt werden, dann beruft die hohe Behörde eine Betriebsversammlung und erklärt:

„Wenn Sie Forderungen stellen, ist es leicht möglich, daß der Etat nicht reicht und dann müssen Entlassungen stattfinden oder die Stelle wird aufgelöst und die Funktion einer anderen Behörde übertragen. Schlichtungsausschüsse und Gewerkschaften können Ihnen nichts helfen, da die Behörde die Urteile nicht anerkennt und der gerichtliche Weg jahrelang dauert.“

Was ist das anderes als eine Vergewaltigung der in der Verfassung gewährleisteten Koalitionsfreiheit, als eine Verhöhnung des Wertes der Schlichtungsordnung? Dem Unternehmer, dem Bankdirektor folgt jetzt die Behörde und ruft: „Wenn Ihr fordert, wird das Personal verringert.“

Schutz dem Millionenvermögen der schuld- und schuldlosen Fürsten! Ein Fußtritt den Proletariern, die so „neugierig“ sind, satt werden zu wollen! Das ist ein Zeichen der deutschen Republik!

Unvergeßliche Eindrücke

Wolffs Telegraphen-Bureau meldet:

Die Einweihung des Kaiserhof-Atlantico-Kurhauses in Heringsdorf vollzog sich in Anwesenheit der Spitzen der Behörden, Angehörigen der Hochfinanz und Großindustrie und von Vertretern der in- und ausländischen Presse unter den günstigsten Auspizien. Die Bedeutung des neu geschaffenen Unternehmens nicht nur für Heringsdorf allein, sondern für die Entwicklung der umliegenden, ja der gesamten Ostseeküste wurde übereinstimmend in sämtlichen Festreden, die sich der Besichtigung anschlossen, anerkannt. Die Pressevertreter, die die Fahrt nach Heringsdorf von Berlin aus in Automobilen angetreten hatten, standen dank der Gunst des Wettergottes und der gezeigten wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen 24 Stunden lang unter dem Banne unvergeßlicher Eindrücke.

Natürlich, Schmod durfte im Auto fahren, Schmod durfte sich in der Nähe der Spitzen der Behörden aufhalten — unvergeßliche Eindrücke!

Hat eigentlich das Wolffsche Telegraphenbureau, das doch regierungsoffizielle Nachrichtenstelle ist, nichts Wichtigeres zu tun, als über private Veranstaltungen dieser Art zu berichten?

„Deutschland, Deutschland über alles“

Am Freitag mittag fand unter der Entfaltung des üblichen akademischen Gepräges (das übrigens auch aus dem Mittelalter stammt) im Lichthof der technischen Hochschule in Charlottenburg die Rektoratsübergabe statt.

Der bisherige Rektor Dr. B. Schorr, hielt eine Abschiedsrede über die Hochschule, Oberschlesien, die Arbeit der Studenten in Fabriken während der Hochschulerien und das Verhältnis zwischen Akademikern und Arbeitern.

Der neue Rektor Dr. Kothe hielt dann seine Antrittsrede über den Zusammenhang zwischen Technik und Geisteskultur.

Die Feier endigte mit dem gemeinsamen Gesang „Deutschland, Deutschland über alles“...

Versuch der kollegialen Schulverwaltung

Der Magistrat teilt mit:

Unter Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde soll versuchsweise an einigen Berliner Schulen die kollegiale Schulleitung durchgeführt werden, um für eine spätere gesetzliche Regelung der Frage entscheidende Erfahrungsergebnisse zu sammeln. Für den Versuch kommen in erster Linie diejenigen Schulen in Betracht, die seit dem 1. April 1921 noch ohne endgültige Leitung sind. Aber auch andere Schulen, deren Leitung in gesetzlichem Sinne geordnet ist, können sich an dieser für das Berliner Schulwesen bedeutsamen Versuchsaufgabe beteiligen. Ihre Leiter könnten die Schulverwaltung unter Verbleib der bisherigen Dienstbezüge freiwillig auf demokratischer Grundlage aufbauen. Die autoritative Einzelverantwortung wandelt sich in die Gesamtverantwortung des Lehrkörpers.

Die Grundzüge der geordneten Mitarbeit der Elternschaft werden einseitig festgestellt, so daß eine fruchtbringende und friedliche Zusammenarbeit von Schule und Haus gewährleistet ist. Berücksichtigungen, daß durch die Mitbeteiligung der Eltern eine neue Schulaufsichtsstelle geschaffen würde, sind unbegründet. In einer Zusammenkunft mit Vertretern der Lehrerschaft und der beteiligten Schulen, Lehrern und Eltern werden gemeinsame Richtlinien aufgestellt werden, durch deren Beachtung die Sicherheit des Versuches verbürgt erscheint.

Stadtschulrat Poulson hat unter Hinweis auf die Verantwortung vor der neu anhebenden Schulentwicklung nunmehr alle Schulen aufgerufen, nach ernstlichem Erwägen aller Gründe und Gegenstände sich zu entscheiden und Mitteilung über ihre Entschlüsse zu geben. Nicht auf die Zahl der Schulen soll es ankommen, die sich an diesem Versuch beteiligen, sondern darauf, daß vor der Öffentlichkeit der Beweis von der Lichtigkeit und der Selbstsucht erbracht wird, der dem hohen Gedanken der Selbstverwaltung zugrunde liegt. Nur Schulen, die die schwere Verantwortung des Versuches fühlen und sich nach ihrer bisherigen Arbeit und nach der Einseitigkeit der Zusammenfassung ihres Lehrkörpers für die Aufgabe eignen, sind aufgerufen, sich zu melden.

Schwerer Raubüberfall in der Poststraße

Von mehreren Räubern überfallen, gefesselt und mit dem Revolver bedroht wurde gestern vormittag das Dienstmädchen der Frau Rezewer, die im ersten Stock des Hauses Poststraße 12 ein Seidenwarengeschäft betreibt. Nach Befragung der Ueberfallenen hingelassen gestern morgen kurz vor 10 Uhr, als Frau Rezewer und deren Sohn abwesend und das Mädchen allein zurückgeblieben war, eine Dame, die sich in Begleitung eines Mannes befand. Sie gab an, daß sie gekommen sei, um auf gekaufte Ware eine Anzahlung zu leisten. Das Mädchen erwiderte, daß das Geschäft Sonnabends geschlossen sei. Darauf hat die Frau das Mädchen, daß sie das Geld für die Geschäftsinhaberin in Empfang nehme. Das Mädchen ließ das Paar dann auch eintreten. Zugleich aber erschien ein zweiter Mann, den es vorher nicht gesehen hatte, und

ging ebenfalls mit in die Wohnung hinein. Die Frau tat zunächst so, als ob sie wirklich Geld geben wollte, doch sprang plötzlich ihre beiden Begleiter hinzu, packten das Mädchen und hielten ihm zunächst die Augen zu. Dann drückten sie es auf das Sofa nieder, holten Handtücher und verbanden ihr damit die Augen und fesselten Hände und Füße. Dabei hinderten sie das Mädchen unter Drohung mit einer Schußwaffe am Hilferufen. Das Mädchen konnte noch wahrnehmen, daß die Frau die Wohnung verließ und mit ihr noch mehrere andere Männer wieder zurückkehrten. Die ganze Gesellschaft machte sich dann dabei, die Beschlüsse zu durchzuführen. Sie packten für ungefähr 100 000 Mark Silber aller Art, Crêpe de Chine usw., sowie Samstoffs zusammen und verließen damit das Haus. Der ganze Vorgang hat sich nach der Darstellung des Mädchens in wenigen Minuten abgepielt. Zur Aufführung des Ueberfalles ist es dringend erwünscht, wenn sich Personen melden würden, die Leute gesehen haben, die um die angegebene Zeit mit Koffern oder Ballen das Haus verlassen haben. Mitteilungen sind an den Leiter des Raubbezirks der Berliner Kriminalpolizei, Zimmer 20, Hausanruf 433, des Berliner Polizeipräsidiums zu richten. Von den Räubern kann die Ueberfallene nur eine mangelhafte Beschreibung geben. Danach trug die Dame einen grauen Mantel, ebenso einer der Männer, der etwa 1,70 Meter groß und kräftig gebaut war und ein glattrasiertes Gesicht hatte. Der andere trug einen schwarzen Ueberzieher und war auffallend groß.

Aus dem Gerichtssaal

Zwei Mörderinnen, die ihr Opfer nach erfolgtem Tode zerstückelt und die Leichenteile verbrannt haben, standen vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Wegen Mordes, Urkundenfälschung, Beiseitejagung eines Leichnams usw. saßen Mutter und Tochter auf der Anklagebank: die 45-jährige Portierfrau Ottilie Fiehmer und ihre Tochter, die 20-jährige Arbeiterin Gertrud Fiehmer. Die Unternehmung auf den Geisteszustand der Angeklagten hat Minderwertigkeit bei der Mutter ergeben. — In der gekürzten Verhandlung führte Landgerichtsdirektor Dr. Gerstel den Vorfall, die Anklage wird vom Staatsanwaltschaftsrat Dr. Grau vertreten, die Angeklagten werden von den Rechtsanwältinnen Kämpf und Dr. Josef Loewe verteidigt. Als Sachverständige sind Geh. Medizinalrat Dr. Strahmann und Medizinalrat Dr. Störmer geladen. Es handelt sich um das Verbrechen an der Witwe Tiller.

In der Verhandlung behauptet die Angeklagte Frau Fiehmer, daß Frau Tiller täglich zu ihr gekommen sei, bei ihr Kaffee getrunken und auch sonst besichtigt worden sei, wofür ihr Frau Tiller allerlei Gegenstände, Blumen, Wäscheartikel usw. als Vergütung geschenkt habe. Die Angeklagte, die nebenbei auf Befragen bekundet, daß sie außer dem schon genannten noch einen dritten, unehelich geborenen Sohn habe, gibt zu, daß ihre Tochter Gertrud der Frau Tiller die Kassenbücher unbemerkt weggenommen und Geld abgehoben habe.

Nach Befragung der Tochter hat die Mutter, als die Entscheidung in der Sparrassenaffaire zu befürchten war, erklärt: „Man müsse Frau Tiller nun aus dem Wege schaffen.“ Sie habe auch angeregt, daß die Tochter, die wegen einer Nervenkrankheit einmal im Krankenhaus gewesen sei, Gift besorgen solle, da sie ja aus jenem Aufenthalt im Krankenhaus mit Giften Bescheid wisse. Darauf habe sie, die Tochter, aus einem Buch vorgelesen, daß Sublimat geeignetes Gift sei.

Die angeklagte Tochter behauptet, daß die Mutter schon früher gelagt habe, sie möchte Frau Tiller beiseite schaffen, damit sie sich deren bessere Kleider aneignen und sich besser kleiden könne.

Aus diesem Anlaß kommt es zu einer häßlichen Szene zwischen Mutter und Tochter. Die Mutter ruft: Das ist nicht wahr; die Tochter: das ist doch wahr! Frau Fiehmer (schreiend): Gut, dann werde ich sagen, wie es wirklich war. Wir haben sie um die Welt gebracht wegen der Sparrassenbücher! Auf Vorhalt des Richters gibt die Angeklagte Frau F. zu, zu ihrer Tochter gelangt zu haben: „Das gute Schwarze nehme ich mir, wenn sie tot ist.“ Die Tochter gibt zu, auf Wunsch der Mutter in einer Drogerie Sublimat besorgt zu haben. Das Sublimat sei dann in der geschilberien Welle in Wasser aufgelöst und der Tiller nach und nach beigebracht worden. Die Verhandlung dauert fort.

Als Vertreter von Berlin wurde der Bürgermeister Ritter in den Reichsrat gewählt.

Denk an die Kriegstrümpel! In machtvoller Kundgebung gilt es zu beweisen, daß die organisierte Arbeiterschaft ihre kriegsverstümmelten Brüder nicht im Stiche läßt. In geschlossener Front gilt es der Regierung zu zeigen, daß ihrer Brutalität und Barbarei entgegengesetzt wird der einige und entschlossene Wille der gesamten Groß-Berliner Arbeiterschaft, fröhlicher Herausforderungen zu beantworten mit allen dem Klassenbewußten Proletariat zur Verfügung stehenden Kampfmitteln. Wir fordern auf zur Massendemonstration und einmütigen Kundgebung der Solidarität mit den am härtesten getroffenen Opfern des Widerstandes, am Montag, dem 4. Juli, 5 Uhr nachmittags, im Lustgarten. — Internationaler Bund der Kriegsoffer — Reichsbund der Kriegsschädigten — Wirtschaftliche Vereinigung der Kriegsoffer.

Brotsartenkühnwort. In der Woche vom 4. bis 10. Juli darf Brot und Mehl nur auf die Brotskarte abgegeben und entnommen werden, deren Abchnitte das Stichwort „Brot Margarine“ tragen.

Berlin-Mitte. Bezirksversammlung. In der letzten Sitzung wurde unter anderem versucht, dem Stadtrat Bösel (W. A. P. D.) einen Vorwurf daraus zu machen, daß er den Arbeitslosenführer Fichtmann trotz erfolgtem Exmissionsbeschluss der Kommission, in seiner Wohnung belästigt. Genosse B. Schneider gab die Erklärung ab, daß wir keinen Grund hätten, uns für Fichtmann ins Zeug zu legen, da wir ihn als einen Schädling der Arbeiterbewegung ansehen. Wir können aber nicht zugeben, daß eine Familie gewaltsam auf die Straße gesetzt wird. Andere Anfragen wurden durch Beantwortung der zuständigen Dezerenten erledigt. Einem Antrag, welcher die Aufstellung zukünftiger Wählerlisten nach Hauslisten wünscht, stimmte unsere Fraktion zu. Die Debatte über den Antrag der Bürgerlichen, welcher die Mißstände des Dinerwesens in der Altstadt beseitigen will, führte zu scharfen Zusammenstößen. Genosse Brendel nahm Gelegenheit, in längeren Ausführungen zu beweisen, daß man der Prostitution nicht mit Polizeimaßnahmen begegnen könne. Die Rechte verhandelte sich hinter die Unzuständigkeit, obwohl sie selbst den Antrag eingebracht hatte. Zum Schluß wurde der Antrag, den Be-

MANOLI

Die neue
30s
Zigarette

BMD

... in Zukunft unter Streichung der Zahl Berlin-Mitte zu nennen, angenommen.

"Wunder des Schneeschuhes". Der sensationelle Sport- und Naturfilm aus der Gletscherwelt der Schweizer Alpen...

Besprechungsabend Berlin-Brandenburg. U. S. P. D. Im Monat Juli glanzvolle feierliche Verteilungsfeier...

Gewerkschaftliches

Zum Streik der städtischen Gutsarbeiter

Wie Rechtssozialisten Arbeiterinteressen vertreten. Bekanntlich wurde ein Ausschuss von 15 Mitgliedern eingesetzt, der die Forderungen der städtischen Gutsarbeiter...

Die Ausschussverhandlungen waren also negativ, der Streik geht weiter und dürfte weitere Kreise ziehen.

Forderungen der Bäcker-Internationale. Der Vorstand der Internationalen Union für die Lebens- und Genussmittelindustrie...

Vändern immer härter in die Erscheinung tretenden reaktionären Bestrebungen der Unternehmung auf Wiedereinführung der Nachtarbeit...

Das Exekutivkomitee der Internationalen Union der Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen...

Es wird weiter festgestellt, daß die gegenwärtige Krise eine gewaltige Arbeitsslosigkeit im Gefolge hat.

Er vertritt ferner die Auffassung, daß, solange die kapitalistische Produktionsweise maßgebend ist...

Angestellte, seid auf der Hut!

Man ist am Werk, durch eine im Reichstag eingebrachte Novelle die Beiträge für die Angestelltenversicherung zu erhöhen...

Metallarbeiter-Generalsammlungsdelegierte

Wir weisen alle U. S. P.-Delegierte nochmals auf die am Montag, dem 4. Juli, stattfindende Generalsammlung...

Abiente der Großbetriebe des Metallarbeiter-Verbandes, die in U. S. P. D. organisiert sind...

Buchhändler! Die Kolleginnen und Kollegen in der Buchdruckerbranche befinden sich im Streik...

Verbandsausweise geföhren! Die Funktionärliste Nr. 6629 des Zentralverbandes der Angestellten...

Verbandstag der Textilarbeiter

Die heutige Vormittags-Sitzung beginnt mit der Debatte über das Referat Jäckels und zwei von ihm zu den Fragen der Gewerkschaftspolitik eingereichte Resolutionen...

Handlungen der Verzweiflung!

In dem kleinen Crimmitschau seien ferner 150 schulfähige Kinder, die von den Unternehmern nicht beschäftigt würden...

Die zweite Resolution Nr. 4 lautet: „Der Verband erkennt als Ziel der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung...

Dieses Mittel darf aber nicht leichtfertig angewandt werden. Er sieht in der Anwendung dieses Kampfmittels...

Die zweite Resolution Nr. 4 lautet: „Der Verband erkennt als Ziel der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung...

durch die Gesamtheit des organisierten Proletariats und dessen intensiver Betätigung im Klassenkampf.

Jogal ärztlich empfohlen gegen: Gicht, Rheuma, Ischias, Sereenschub, Nerven- und Kopfschmerzen.

Schluß des Ausverkaufs der in der Saison verbliebenen Bestände am Dienstag, dem 5. Juli, abends 7 Uhr. Ganz erhebliche Preisherabsetzungen!

Kleine Anzeigen. Verkauft: Bettwäsche, Damenkleider, Schuhe, etc. Schreibmaschinen, Reparaturen an Schreibmaschinen, etc.

Möbel. Einzelne Anordnung, komplette Einrichtung, etc. Kleider, Schuhe, etc.

Fahrräder. Reparaturarbeiten, Ersatzteile, etc. Kleider, Schuhe, etc.

Anstufelungen, Verschiedenes, Unterrichts, etc. Kleider, Schuhe, etc.

